

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreigespaltenen Beilagen oder deren Raum 30 A.

Der Streik nach dem Zuchthaus.

Die Moabiter Straßenschlächten scheinen politische Bedeutung zu erhalten. Die Reaktion hält den Augenblick für gekommen, die alte heisse Sehnsucht nach Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterbewegung endlich zu stillen.

Das Blatt des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“, schrieb am 3. Oktober:

„Um ein Uebel mit Erfolg zu bekämpfen, muß man seine Ursachen beseitigen. Liegt die Ursache nun in diesem Falle bei den Streikposten und der Belästigung der Arbeitswilligen, so ist ein gesetzliches Verbot des Streikpostens die erste Maßregel gegen die Wiederkehr der Vorgänge. In dem Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch ist mit Recht eine solche Bestimmung vermischt worden. Vielleicht haben sich die Moabiter „Genossen“ erfolgreich für eine solche Strafbestimmung bemüht. Das Sozialistengesetz vom Oktober 1878 wurde im Januar 1890 vom Reichstage nicht mehr erneuert, weil es über die Zweckmäßigkeit desselben zwischen dem jungen Kaiser und dem alten Kanzler bereits zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, und weil deshalb am Bundesstatistike eine Erklärung unterließ, daß das Gesetz seitens der Regierungen auch ohne Ausweisungsbefugnis bei dauernder Geltung annehmbar sei. Daß die Aufhebung des Gesetzes ohne jede Kompensation ein schwerer politischer Fehler war, wird heute nur noch von wenigen Politikern bestritten. Vielleicht aber ist es heute zweckmäßig, an die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes zu erinnern und sie auf ihre Wiedereinführung anzusehen.“

Zu diesem Sprachrohr der einflussreichsten Unternehmerorganisation gesellte sich die „Deutsche Tageszeitung“, das Blatt des Bundes der Landwirte, indem es am 1. Oktober ein Verbot des Streikpostens forderte. Aber damit nicht genug, meinte das agrarische Blatt:

„Unseres Erachtens werden, wenn die Verhältnisse sich weiter so entwickeln, die verbündeten Regierungen nicht umhin können, noch einmal den Versuch mit der Vorlegung eines Arbeitswilligen-Gesetzes zu machen. Verlagen dann die Parteien, so tragen sie die Verantwortung, die jetzt in der Hauptsache auf den Schultern der Regierung liegt.“

Das Blatt des Reichskanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, hat diese und ähnliche Forderungen mit einer Erklärung beantwortet, die vermuten läßt, daß die Regierung diesen Gedanken nicht ablehnend gegenübersteht. Wir werden also bald wieder eine neue Auflage jenes berüchtigten Gesetzentwurfs erleben, der vom Volke den Namen „Zuchthausvorlage“ erhielt.

Die längliche Unzulänglichkeit auf dem Kanzlerstempel brüht über einer Wahlparole: Hier ist sie! Man lasse die Neuwahlen zum Reichstage unter dem Stichwort eines Zuchthausgesetzes gegen streikende Arbeiter vornehmen! Wir fürchten eine solche Wahlparole nicht, und es wäre schlimm, wenn wir sie zu fürchten hätten. Und wenn das reaktionäre Gelichter jetzt glaubt, mit den Moabiter Polizeierzessen Geschäfte machen zu können, so werden wir es mit der sachlichen Darlegung der damit verbundenen Geschehnisse leicht zum Schweigen bringen können. Nicht die Arbeiterschaft hat die Aussprache über die Moabiter Vorgänge zu scheuen; im Gegenteil, sie recht ausgiebig zu erörtern, ist geradezu eine Pflicht der Arbeiterschaft, der sie sich um so lieber unterziehen wird, da gerade an diesem Falle die empörenden Zustände in unserm öffentlichen Wesen sinnfällig nachzuweisen sind. Man müßte die Berliner Polizei nicht kennen, um nicht von vornherein die Ursachen der

Tumulte zu sehen, man müßte nicht wissen, wie sie, unbekümmert um das Gesetz, seit Jahrzehnten die Streikposten drangsalirt, grundlos verhaftet, die empörendste Parteilichkeit walten läßt und überhaupt ein Regiment führt, das das Rechtsempfinden der Arbeiter verletzen muß.

Aus diesen polizeilichen Sünden ist auch der Krawall in Moabit entstanden. Der Streik der Arbeiter einer Kohlenhandlung wurde durch Streikbrecher wirkungslos gemacht. Die Streikposten der Arbeiter verachteten, mit den Streikbrechern, deren Lumpencharakter sie noch nicht kannten, zu sprechen und wurden dabei von den Polizisten fortgewiesen, verhaftet und schließlich mißhandelt. Das Streikbrechergesindel fühlte sich obenauf und tat ein Uebriges, es verhöhnte die streikenden Arbeiter und, wo es in der Uebermacht war, suchte es die Streikposten zu mißhandeln. Dabei hatten die Streikposten nicht auf den Schutz der Polizisten zu rechnen; im Gegenteil, die „Schutz“leute gingen selbst bei solchen Anlässen gegen die Streikposten vor. Mit welcher verkommenem Pöbel es die Streikenden zu tun hatten, erhellt aus den Aeußerungen des Streikbrecherhaupteingangs Hinte, der sich zu dem Reporter einer Berliner Zeitung über seine Rolle ausließ. Diese würdige Staatsdiener rühmte sich, daß er jeden Streik breche, von dem er Kenntnis bekomme. Seine Leute arbeiteten heute als Schlosser, morgen als Lithographen und dann als Kohlenfahrer. Sie bekämen nicht mehr Lohn als die gewöhnlichen Arbeiter und sähen überhaupt nicht auf das Geld, sondern süßten sich nur von dem Räuberleben angezogen. Die Freiheit, ungestraft Loshausen zu können, das reizte sie. Er selbst hätte nicht schlecht gehalten. Dies ist die Gesellschaft, um deren Freiheit zur ungestraften Mißhandlung der Streikposten die Polizei einen ganzen Stadtteil zum Schlachtfeld machte. Für diesen Vordenker der menschlichen Gesellschaft zog sie aus zum glorreichen Kriege gegen Straßenpassanten; um den Streikbrechern die Freiheit des Verbrechens zu erhalten, säbelte sie nieder, was ihr in den Weg kam, ruhige Spaziergänger, schamierende Liebespärchen, Greise und Kinder.

Wir wollen der Polizei Gerechtigkeit widerfahren lassen und darum ruhig zugeben, daß sie wenigstens im Anfang der Tumulte hier und da von unreinen Wurzeln und dem Pöbel des Bouillonnellers gereizt worden ist. Diese Gestalten ziehen sich immer gern da hin, wo etwas los ist und wo besonders viel Polizei auftritt. Zwischen diesen moralisch tief unter der organisierten Arbeiterschaft stehenden Elementen und der Polizei laufen ja soviel verbindende Fäden, daß es nicht weiter wundernehmen kann, wenn sie sich zu solchen Gelegenheiten drängen. Wie wenig die Erzesse mit den am Streik beteiligten Arbeitern zu tun hatten, bezeugt die Polizei selber. Der die Polizeiaktion leitende Polizeimajor Kau äußerte sich zu einem Reporter des „Berliner Tageblattes“: „Nach meiner Ueberzeugung waren bei den Erzesen wirkliche Arbeiter oder Streikende wenig oder gar nicht beteiligt.“ Und ein so arbeiterfeindliches Blatt wie die „Tägliche Rundschau“ gestand zu: „Bemerkenswert ist es, daß nach einer neuen Meldung die Arbeiter der bestreikten Firma sich schon am Tage zurückgehalten haben. Auch die wüsten Auftritte der Nacht sollen zumeist — und das klingt sehr glaubhaft — von Gesindel verübt sein, von Zubäcker, Dirnen und allem sonstigen Abschaum der Willkorenstadt.“ Diese Zeugnisse, unter dem frischen Eindruck der Geschehnisse abgegeben, zerstreuen all den Klagenwust des reaktionären Gelichters, das die Schuld an den Tumulten der Arbeiterschaft und ihren Organisationen aufbinden möchte.

Die Schuldfrage wird am besten gelöst, wenn man sich das Verhalten der Polizei näher ansieht.

Darüber liegen mehrere unanfechtbare Zeugnisse vor. Sie beweisen, daß die Polizei wahllos auf alles eingeschlagen hat, was ihr in den Weg kam. Sie hat auch in die Türen und Fenster der Häuser geschossen, sie hat Fliehende bis in ihre Wohnungen verfolgt und dort niedergeschlägelt. Sie hat Frauen, die sich um Schutz an sie wandten, mit Säbeln niedergeschlagen, Kinder verletzt, arglose Leute, die nächtlich auf dem Wege zu ihrer Wohnung waren, zu Boden geschlagen. Zeitungsberichterstatter, die im Automobil die Gegend durchfuhren, wurden, obwohl sie sich sofort legitimierten, von ganzen Abteilungen überfallen und mit den Säbeln bearbeitet. Man müßte die Bewohner von Moabit für ätzerische Wesen halten, wenn man sich wundern wollte, daß selbst die ruhigsten unter ihnen sich empörten und sich zu schützen suchten, wie sie konnten. Und wenn dabei einige der Polizisten derbe Deutzettel bekommen haben, so wird man das nicht ohne gerechte Befriedigung hören.

Es ist manches dunkel an diesen Vorkommnissen. Vielleicht erfährt man später einmal, welche Rolle die Ahtgroßenjungen, die Spigel, also Kreaturen der Polizei bei den Krawallen in Moabit gespielt haben. Durch mehrfache Spigelenkarnungen ist es weltbekannt geworden, wie fleißig die Spigel in den Berliner Arbeiterorganisationen herumwühlten, wie sie sich durch blutig-rabiskales Pfaffenbroschen das Vertrauen der Masse zu erwerben trachteten und bei Demonstrationen als agent provocateur auftraten. Sicherlich haben solche Lumpen auch in Moabit die Hand im Spiele gehabt.

Wenn man an die trostlose Stellung der Regierung in der gegenwärtigen politischen Lage denkt, so ist der Verdacht nicht zu unterdrücken, daß die Haltung der Polizei von der Absicht bestimmt war, durch einen großen Krawall die Arbeiterbewegung und mit ihr alle oppositionellen Elemente in Mißkredit zu bringen und der Regierung und den reaktionären Parteien wieder Oberwasser zu verschaffen. Für diesen Verdacht spricht ja auch der Eifer, mit dem die reaktionäre Presse unter Hinweis auf Moabit gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft forderte. Denn diese Forderung ist sachlich so absolut gar nicht gerechtfertigt, daß sie nichts weiter sein kann als der Ausfluß reaktionärer, auf die gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterschaft gerichteter Spekulationen.

Es ist nicht der erste Versuch seit dem Falle des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie im Jahre 1890, die Arbeiterschaft gesetzlich zu knebeln. Im Jahre 1895 wollte man es mit der sogenannten Umsturzvorlage, im Jahre 1899 mit jenem „Zuchthausvorlage“ benannten Entwurf eines „Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen“, versuchen. Beide Versuche sind an dem Widerstande des Volkes gescheitert, dem auch der Reichstag Rechnung tragen mußte. Im Jahre 1899 begründete man den Gesetzentwurf mit dem „Terrorismus der streikenden Arbeiter“. Die Reichsregierung nahm von dem Zentralverbande der Industriellen M. 12 000 entgegen, um mit diesem Gelde Material zur Begründung der Zuchthausvorlage zu beschaffen. Diefen auf diese Art gewonnenen Material wurde dann aber im Reichstage von Uebel und andern sozialdemokratischen Abgeordneten derart kritisch zugelegt, daß alle Welt den Schwinder erkannte, der hier von den kapitalistischen Interessenten getrieben worden war. Bekanntlich fiel die Zuchthausvorlage mit Pauken und Trompeten durch.

Es fällt uns gar nicht ein, zu bestreiten, daß hin und wieder auch von streikenden Arbeitern die Gesetze verletzt werden. Aber wer will behaupten, daß sich schon jemals die bestehenden Strafgesetze als unzulänglich erwiesen hätten? Ist es nicht geradezu himmelschreiend,

was an Strafen über Streikfänger verhängt worden ist und noch wird! Wie bei ihnen mit Monaten Gefängnis geahndet wird, was Angehörige der besthenden Klassen mit einer läumpigen Geldstrafe sühnen können! Wie man den Streikenden das Leben schwer macht und das verbrecherische Streikbrechergesindel selbst Worte begehren läßt, ohne einzuschreiten! Soll dieser standalöse Zustand, der ein Hohn auf das Innenmärchen vom Rechtsstaat ist, noch verschlimmert werden, indem man uns unter Ausnahmegesetze stellt?

Möglich, daß man in den nächsten Wochen wieder das Land mit erlogenen Terrorismsgeschichten haranguiert. Aber wer wird außer den Interessenten der Arbeiternebelung solche Geschichten noch glauben? In diesem Sommer haben wir mehrere große Arbeitskämpfe gesehen. Wir selbst standen neun Wochen hindurch in einem das ganze Reich umfassenden Kampfe, in dem es durch die Schuld eines brutalen Unternehmertums nicht an Erbitterung fehlte. Und doch ist es in diesem Kampfe zu keiner ernsthaften Ausbreitung gekommen. Selbst die uns übelwollende bürgerliche Presse hat die ruhige Haltung der ausgesperrten Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter anerkennen müssen. Eben ist erst ein anderer großer Kampf beendet worden, an dem ebenfalls nahezu 30 000 Arbeiter beteiligt waren, und auch dieser Kampf auf den Werften hat zu keiner Störung der öffentlichen Ordnung geführt. Womit will man, so fragen wir, den Schrei nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterbewegung begründen?

Lug und Schwindel wird man genug auf den Markt der öffentlichen Meinung bringen, aber wichtige Gründe nicht einen. Die einzigen Gründe des reaktionären Gabelers sind erstens die Wut des profitälusternsten Unternehmertums, das seinen Nebhag wieder einmal von der wachsenden Aktionskraft der Gewerkschaften bedroht sieht, zweitens die verzweifelte Stellung der politischen Reaktion.

Reaktionäre und Scharfmacher verbinden sich in dem Schrei nach dem Zuchthaus; eine Gemaltherrschaft à la Bismarck soll der Reaktion die Fortdauer und dem Kapital die von keinem gewerkschaftlichen Einspruch gefürchtete Ausbeutung der Arbeitermassen sichern — das ist die Absicht, das sind die Früchte, die man aus dem glorreichen Siege von Moabit erriten will. Aber sie verrechnen sich, die überhulauen Herrschaften. Bethmann ist kein Bismarck. Doch selbst wenn er's wäre — die Arbeiterchaft ist nicht mehr die der siebziger Jahre. Wir erwarten den Vorstoß der Reaktion!

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Beilegung des Konflikts im Metall- und Maschinen-gewerbe. — Die Erhöhung des amtlichen Diskonts. — Warenpreise und Lohnbewegungen.

Es war vorauszu sehen, daß die friedliche Beilegung des Konflikts in der Metall- und Maschinenindustrie gewisse Preise nicht befriedigen würde. Man hätte zu gern einmal eine Machprobe in großem Stile durchgeführt. Aber die verantwortlichen Leiter der verbündeten Parteien haben mit Erfolg alles aufgeboten, um die Lehmung eines der wichtigsten Zweige der deutschen Produktion zu verhindern. Und dieser Ausgang ist vom Standpunkte des Volkswirtes aus rüchhaltig zu begrüßen. Denn bei dem in Aussicht genommenen Kampfe handelte es sich keineswegs nur um die wirtschaftlichen Interessen der am Kampfe beteiligten Parteien, sondern durch die Generalausperrung wäre der gesamte Handel und Wandel Deutschlands in Mitleidenchaft gezogen worden. Da fragte es sich nun, ob der Konflikt im deutschen Schiffbau die Schädigung des ganzen Wirtschaftsorganismus rechtfertigte, oder ob sich Mittel und Wege finden ließen, die die Schädigung noch zu verhindern. Für die direkt beteiligten Arbeiter mag es ja schwer geworden sein, die angebotenen Bedingungen zu akzeptieren, aber mit Rücksicht auf die Opfer des Kampfes und mit Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Lage muß es als ein großer Erfolg angesehen werden, daß der Ausgang in einer für die Arbeiter durchaus annehmbaren Weise erreicht worden ist. Auch für den gesamten Arbeitsmarkt wäre es nicht gleichgültig gewesen, wenn durch den Kampf in den nächsten Monaten eine allgemeine und erhebliche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse eingetreten wäre. Wenn auch die zunächst betroffenen Arbeiter mit großen Opfern rechnen mußten und auch gerechnet haben, so wäre doch durch den Stillstand der Warenherstellung in der Eisen- und Maschinenindustrie die Tätigkeit der meisten andern Gewerbe stark gehemmt worden, und wir wären einem Winter entgegengewandert, in dem der regelmäßige Grad der Arbeitslosigkeit außer empfindlich verschärft worden wäre. Schon mit Rücksicht auf diese Gesamtsituation mußte man die Beilegung des Konflikts willkommen heißen. So, wie sich nunmehr die Dinge gestalten haben, kann man mit einem recht lebhaften Optimismus, mit einer reichlichen Zunahme der Arbeitsverhältnisse und mit einer Fortdauer der im Vergleich zu den letzten Jahren besseren Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes rechnen. Streik und Ausperrung sind infolge der wachsenden Macht und Zentralisation der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen zu Waffen geworden, deren Tragweite über den Kreis der am Kampfe zunächst Beteiligten hinausreicht, und gerade aus diesem Grunde wird man von diesen letzten und schärfsten Mitteln nur dann Gebrauch machen, wenn erstens das Kampfobjekt von so allgemeiner Bedeutung ist, daß elementare Interessen der

gesamten Arbeiter- oder Arbeitgeberchaft auf dem Spiele stehen, und wenn zweitens alle Wege einer Verständigung versucht worden sind und sich als ausichtslos erwiesen haben. Zweifellos sind durch die jetzige Beilegung des Konflikts Verluste und Schädigungen vermieden worden, die den weiteren günstigen Verlauf der Konjunktur gehemmt oder für einige Zeit unmöglich gemacht hätten. Selbst unter der Annahme, daß bei einer Durchführung der Ausperrung die Arbeiter alle ihre Forderungen erreicht hätten, wäre die Schädigung des gesamten Arbeitsmarktes so stark gewesen, daß der jetzige Ausgang, durch den nicht alles erreicht worden ist, eine für die gesamte Arbeiterchaft erheblich günstigere Situation ermöglicht hat.

Nächst den Sorgen, die sich an die Wirkungen einer Generalausperrung auf die Wirtschaftslage knüpfen, haben in jüngster Zeit auch die Verhältnisse des Geldmarktes die geschäftlichen Kreise beunruhigt. Der Schluß des dritten Vierteljahres pflegt ja stets eine Anspannung auf dem internationalen Geldmarkt zu bringen, aber es bleibt doch zu beachten, daß die Diskontsätze für ein Erholungsjahr schon vor der letzten Diskonterhöhung ziemlich hoch waren und daß der jetzige Diskont von 5 pZ. für die mittleren Schichten der Geschäftswelt eine Belastung und vor allem auch eine Erhöhung des Kreditrisikos bedeuten. Der Reichsbankpräsident hat bei der Begründung der amtlichen Diskonterhöhung auf die Ursachen der starken Anspannung des Geldmarktes hingewiesen und hat vor allem die hohen Engagements der Spekulation bemängelt. Der Appell an die Großbanken, auf eine Verminderung dieser Engagements hinzuwirken, dürfte kaum von großer Wirkung sein, da eben auch zu bedenken ist, daß das geschäftliche Interesse der Banken zu eng mit der Entfaltung der Spekulation verknüpft ist, um nachhaltig das immer stärkere Umsichgreifen des spekulativen Handels am Geldmarkt eindämmen zu können. Mit moralischen Mahnungen kann der Strom der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufgehalten werden; hier wirken nur Faktoren wirtschaftlicher Macht. Die Spekulation in allen Kreisen des Kapital besitzenden Publikums ist im Steigen, da gerade die mittleren und kleinen Kapitalisten aus der einfachen und soliden Anlage ihrer Gelder nicht mehr die Verzinsung herausholen können, wie sie sie aus einer günstigen Ausnutzung der Spekulationschancen an der Börse gewinnen oder zu gewinnen vermeinen. So wird die Wahrung des Reichsbankpräsidenten ebenso unbefolgt bleiben, wie dies bei früheren ähnlichen Gelegenheiten schon der Fall gewesen ist.

Die hohe Leihrate für Geld wirkt aber in weiterer Folge auch auf die Entstehungskosten in der Warenherstellung und von dort aus wieder auf das Niveau der Warenpreise zurück. Die Industrie arbeitet schon jetzt mit ziemlich teuren Rohstoffen und Betriebsmaterialien. Sie haben durchschnittlich höher und einzeln sehr viel höher als im Vorjahre. Dadurch verteuern sich die Fertigerzeugnisse und im Detailverkehr setzt sich die steigende Bewegung der Verkaufspreise fort. Auch die hohen Nahrungsmittelpreise folgen dieser Tendenz. Es sinkt die Kaufkraft des Geldes, der Wert des Nominallohnes sinkt, und die Arbeiter sind genötigt, durch Erhöhung der Nominallöhne das höhere Niveau der Warenpreise auszugleichen. Wenn im laufenden Jahre die Lohnbewegungen an Kraft und Umfang so erheblich zunehmen, so ist eben die Hauptursache darin zu suchen, daß die Warenpreise 1909 und 1910 sich rascher und stärker nach aufwärts bewegen, als es für Erholungsjahre angemessen wäre. Die ganze Bewegung des Steigens der Preise, der Diskontsätze, der Warenpreise usw. ist nach der letzten Niedergangsperiode etwas rasch und fast hätte erfolgt und hat in der Arbeiterbewegung eine Unzufriedenheit und Mißstimmung ausgelöst, die sich in dem starken Drang nach einer möglichst raschen und umfassenden Verbesserung der Einkommensverhältnisse ausdrückt. Dieser Drang wird aber noch zunehmen, je mehr vom Kapital- und Warenmarkt aus die Kaufkraftströmung begünstigt und feuert wird.

Berlin, am 9. Oktober 1910. Rich. Galtzer.

Politische Umschau.

Solidarität zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften. — Massenunbedingungen anlässlich der Moabiter Krawalle. — Eine neue Zuchthausvorlage? — Die Regierung als Kommiss der Scharfmachertums. — Vorbereitung zu den Reichstagsneuwahlen im Reichsamt des Innern. — Der Eisenbahnerstreik in Frankreich. — Die Stabilisierung der Republik in Portugal.

Unabhängig auf der Wacht zu stehen gegen die Herrschaft und die volksfeindlichen Anschläge des Kapitalismus und der ihr verbündeten Reaktionsgewalten, das Proletariat aufzurufen zum Kampfe für sein Recht, seine Freiheit und Wohlfahrt, und es in diesem Kampfe zu führen, ist eine der Hauptaufgaben, welche die sozialdemokratische Partei und die freien gewerkschaftlichen Organisationen zu erfüllen haben, wenn ihr großes Ziel, die Ueberwindung der Unterdrückung und Ausbeutung in jeder Form, erreicht werden soll. Seit ihren ersten Anfängen, mehr denn vierzig Jahre hindurch, haben diese beiden Aufgaben genügt, und dabei ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Deutschen Reiche geworden, und auch die freien gewerkschaftlichen Zentralverbände sind zu einem bedeutsamen Machtfaktor herangewachsen. In allen großen Aktionen handeln Partei und Gewerkschaften gemeinsam; in allen kritischen Lagen stehen sie zusammen, erfüllt vom Geiste der Solidarität; in allen schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen bilden ihre Mitglieder eine festgeschlossene, wohlgeplante, opferfreudige Masse. Besonders in den letzten Jahren haben sie im ganzen Reiche viele Tausende von Massenunbedingungen gegen die Reaktionsherrschaft, gegen das Klassenwahlrecht, gegen den Lebensmittelmangel veranstaltet. Auch jetzt wieder geht durch die deutschen Lande die Märsch der Proletarier, steht a Huss! Auf zum Kampfe gegen neue Vorgehaltungen, die Euch bedroht! Wieder fanden in der Berichtswache im ganzen Reiche Sondere von Massenunbedingungen statt — eine bedeutend vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei und dem Generalsekretariat der Gewerkschaften ins Werk gesetzte Sonder-

aktion gegen die anlässlich der Moabiter Krawalle hervorgetretenen Intrigen der Scharfmacher. Mit den großartigen Protestversammlungen, die jetzt stattgefunden haben und die in nächster Zeit noch stattfinden werden, erreicht diese Abwehraktion natürlich nicht ihr Ende; sie wird erst dann in vollster Kraft und Schärfe eintreten, wenn sich die Regierung entschließen sollte, dem Verlangen der Scharfmacher nach Entbringung einer neuen Zuchthausvorlage zu entsprechen.

Wie wir schon in unserer letzten Umschau bemerkt, ist allen Ernstes damit zu rechnen, daß das geschieht. Sie hat sich ja von jeher in allen Fragen, die das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital betreffen, als getreuer und rücksichtsloser Bundesgenosse des letzteren erwiesen, mit dem Unternehmertum stets Stellung genommen gegen die Arbeiterchaft und ihre berechtigten Interessen. An Vorwänden dafür hat es niemals gefehlt. Man hat nicht nur die Notwendigkeit der Verteilung der bestehenden Ordnung für den Umsturz geltend gemacht, man hat auch die alte Lüge der kapitalistischen Schule von der „Freiheit der Arbeit“ wieder aufgetischt und mit ihr den vorgeblichen „Schutz der Arbeit“ zu rechtfertigen versucht. Schon vor mehr denn hundert Jahren schrieb der Bourgeoisökonom Adam Smith gegen diese Lüge sehr scharfe Worte: „Es müßte statt „Freiheit der Arbeit“ und „Schutz des individuellen Arbeitsrechtes“ heißen: „Schutz der Ausbeutungsfreiheit“. Er erhebt die Klage: „Wenn immer die Gesetzgebung die Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern zu regeln beginnt, sind immer die Unternehmer ihre Plage“. Dementsprechend gibt es keine Gesetzgebung gegen die Koalition der Unternehmer zur Herabdrückung des Arbeiterlohnes, wohl aber Gesetzgebung gegen die Koalition der Arbeiter zu seiner Erhöhung. Die Unternehmer aber sind in einer fortläufigen, wenn auch stillen Koalition gegen die Arbeiter.“

Dieses Urteil Adam Smiths ist in allen Kulturstaaten, bornehmlich aber in Deutschland, auch heute noch zutreffend, nur mit dem einen Unterschiede, daß an die Stelle der stillen Koalition der Unternehmer gegen die Arbeiter längst die fest organisierte getreten ist. Die großen Unternehmerverbände, die im Laufe der letzten Jahrzehnte entstanden sind, haben es wer weiß wie oft offen ausgesprochen, daß ihr Streben in erster Linie darauf gerichtet ist, die Arbeiterorganisationen zu schwächen und zu zerstören. Das vom echten und redlichen kapitalistischen Geist erfüllte Unternehmertum will die Gleichberechtigung der Arbeiter nicht gelten lassen, will das Zustandekommen eines wirklich freien Arbeitskontrattes verhindern und willkürlich die Arbeitsbedingungen verschärfen. Für dieses verruchte, kulturwidrige Streben nehmen die Scharfmacher die Hilfe der Regierung in Anspruch, und diese Hilfe ist ihnen ja immer nach Möglichkeit zuwenden. Seit dem Anfang der siebziger Jahre dauern in Deutschland nun dieses elende Spiel: die Scharfmacher legen der Regierung ihre Wünsche und Forderungen vor, und die Regierung läßt diese Wünsche und Forderungen für sich Gehör sein. So war es, als im Anfang der siebziger Jahre der Berliner Staatsanwalt Tessen dorff nach Umweilung der preussischen Regierung seinen selbstgenannten Partei und Gewerkschaften unternahm. So war es, als Partei und Justiz dazu übergingen, das den Arbeitern gesetzlich gewährte Streikrecht zu bergehloffen. So war es, als das sozialistische Kollegium der b. Ritterkammer seinen berechtigten Protest gegen die Umsturzvorlage und dann die Zuchthausvorlage kam. Immer waren es der Geist und der Wille des Unternehmertums, die in solchen „ordnungspolitischen Aktionen“ der Regierung ihren Ausdruck fanden.

Die Scharfmacher scheinen es mit ihrem jetzigen Vorgehen nach neuen Ausnahmegesetzen sehr eilig zu haben. Die im Zentralverband deutscher Industrieller organisierten Scharfmacher sind darüber aus, die Regierung so schnell wie möglich ans Ziel zu treiben. Das Direktorium dieses Verbandes hat an die Mitglieder einen Aufruf erlassen, worin gesagt wird: „Es erachtet, daß durch geeignete Bestimmungen in dem in Vorbereitung befindlichen neuen Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch dem Umworfeln beim Streikpostenfesthalten gesteuert werden könnte, und wird einen dahingehenden Antrag den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten.“

Wie bei der Zuchthausvorlage, so will der Scharfmacherverband auch jetzt wieder der Regierung mit „Material“ zu Hilfe kommen, wegen dessen Beschaffung das Direktorium an die einzelnen Unternehmervereine die Bitte richtet, ohne Zeitverlust eine Umfrage bei ihren Mitgliedern zu veranstalten und das Ergebnis bis spätestens 1. November d. J. einzufenden. Da wird wieder eine nette Sammlung von Lügen, Fälschungen und Entstellungen zustande kommen!

Es ist ja begreiflich, daß die Scharfmacherjüdischaft und mit ihr alle reaktionären Elemente den Wunsch hegen, noch vor den Reichstagswahlen wieder einen sogenannten „entscheidenden Schlag“ gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften geführt zu sehen. Es würde so schön für diese Gesellschaft, wenn der letzte Reichstag noch das letzte dazu tun könnte; denn der nächste wird, so hoffen wir sehr, keine reaktionäre Mehrheit mehr aufweisen.

Wenn die Neuwahlen stattfinden werden, steht immer noch nicht fest. Doch verlaute, daß im Reichsamt des Innern die erforderlichen Wahlvorbereitungen bereits getroffen werden, und daß die Affen darüber den Bemerkung tragen: „Reichstagswahlen 1911“. Dieser Bemerkung würde die Annahme bestärken, daß die allgemeinen Wahlen nicht erst im Jahre 1912, sondern schon 1911 stattfinden sollen; es fragt sich nur, ob das schon unmittelbar nach dem Abbruch der Winterernte, also etwa im Mai, oder erst im Herbst der Fall sein wird. Wir glauben, daß es sehr geraten ist, sich schon auf die Wahlen im Frühjahr einzurichten. Möge der Wahltermin kommen so früh er wolle, die organisierte Arbeiterchaft wird er gerüstet finden.

Die Berichtswache hat ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung gebracht, das unsere

Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Deutschland:

Maurer:

- Bad Orb (Streik).**
- Barmen-Elberfeld (Sperrungen über die Firmen Vöpel in Cockshof bei Wülfrath, Husemann in Neviges und Sandfort in Tönisheide).**
- Berlin (Sperrung über den Bau der Firma Martini-Nowawes in Wannsee, Schäferstrasse).**
- Bramsche (Streik).**
- Bublitz (Aussperrung).**
- Danzig (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Wilke-Dirschau).**
- Darmstadt (Sperrung über Val Hofmann in Griesheim).**
- Hagen (Sperrung über das Kalkwerk Letmathe).**
- Helmrechts b. Hof (Streik).**
- Herford (Sperrung über die Arbeiten von Althoff & Lakemeier in Schweicheln).**
- Hörde (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Rotstein-Lünen auf Zeche „Admiral“ in Wellinghofen).**
- Laage (Streik).**
- Memel (Sperrung über Paul Behrendt).**
- Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhsbüttel).**
- Podęzuch (Sperrungen über Rich. Kleinke und Wald. Berg in Podęzuch, Herm. Koch in Finkenwalde, Albert Kökelmann in Klütz und Aug. Saack in Retzowfeld).**
- Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Duvensdorf).**
- Salzungen (Differenzen).**
- Soden-Salmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg).**
- Solingen (Streik in Leichlingen).**
- Westerland a. Sylt (Sperrung über die Arbeiten der Firma Matthiessen).**
- Worpswede b. Bremen (Streik).**

Fliesenleger:

- Bochum, Gelsenkirchen (Streik).**
- Isolierer und Steinholzlager:**
- Bremen (Differenzen).**
- Dresden (Sperrung über Grünzweck & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).**
- Hannover (Streik).**

Oesterreich:

- Schwochat, Strakonitz.**

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Mürnbarg, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Botsposten verhängt.
20 bis 30 Maurern kann vom Zweigverein Hagen i. W. Arbeit nachgewiesen werden. Meldung gefälligst im Bureau: Max Seydewitz, Hagen i. W., Kölner Straße 3, 2. Et., „Neue Welt“.

Gau Köln.

In Leichlingen, einer Filialstelle des Zweigvereins Solingen, legen die Kollegen die Arbeit nieder, um den in Solingen geltenden Tarif zur Anerkennung zu bringen. Die Unternehmer glauben nicht recht an den Streik und verhielten sich darum recht zugespitzt; vielleicht werden sie nun bald anderen Sinnes.

Gau Danzig.

In Danzig mühen, wie uns von dort berichtet wird, die Bauten des Unternehmers Wille aus Dirschau, der dem dortigen Arbeitgeberverbande angehört, gesperrt werden, weil Wille sich weigerte, den Danziger Lohn zu zahlen.

Gau Dortmund.

Auf der Zeche „Admiral“ in Wellinghofen, Zweigverein Hörde, haben unsere Kollegen im Verein mit den Christlichen die Arbeit niedergelegt. Der Bauherr des die Bauten ausführenden Unternehmers Rotstein-Lünen hatte einen Kollegen lässlich angegriffen und auf Vorkäufungen der Baudelegierten erklärt, es käme ihm gar nicht darauf an, er würde noch verschiedene Maurer vom Gerüst werfen, daß sie Hals und Beine brächen, wenn er dann auch mit dem Staatsanwalt in Konflikt geriete. Mit einem solchen Menschen wollten die Kollegen nichts mehr zu tun haben.

Gau Hannover.

In Schweicheln bei Herford führt das Herforder Baugeschäft Althoff & Lakemeier Arbeiten aus und zahlt dabei 45 s Stundenlohn. In Herford besteht ein Vertragslohn von 50 s. Die Schlichtungskommission, an die sich die Organisation wandte, befand sich unzulänglich. Infolgedessen haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt, um die Firma zur Anerkennung des Herforder Lohnes zu veranlassen.

Vertragsabluß für das Betongewerbe Sachsen.

Zwischen den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern einerseits und den Betonfirmen Sachsen andererseits ist, vorbehaltlich der Zustimmung der Organisationen, in der Hauptsache folgendes vereinbart worden: Vollständig ausgebildete Zementarbeiter erhalten nach vierjähriger Tätigkeit im Beruf den jeweiligen Maurerlohn, wie er am Orte des Geschäftsfestsetzes ist, vorausgesetzt, daß der Lohn an Arbeitsorte nicht höher ist. Kleinger und Zementierer oder solche, die nur einen Teil der Betonarbeiten verrichten können, erhalten 10 s über den festgesetzten Bauhilfsarbeiterlohn. Gewöhnliche Hilfsarbeiter erhalten den festgesetzten Bauhilfsarbeiterlohn. Wenn diese drei Arbeiter-

kategorien auf der Baustelle angenommen werden, erhalten sie den Lohn, der am Arbeitsorte festgesetzt ist. Maurer, Zimmerer und alle Zementarbeiter erhalten, wenn sie verbeiratet sind und von der Arbeitseinstelle bis zum Mittelpunkt des Betriebsortes innerhalb einer Stunde mit den gewöhnlichen Verkehrsmitteln oder, wo es solche nicht gibt, mit dem Rad oder zu Fuß nicht gelangen können, bis zu 120 km eine Auslösung von M. 1,50; ledige Arbeiter erhalten 75 s. Ueber 120 km hinaus unterliegt die Höhe der Auslösung der freien Vereinbarung. Auch an besonders teuren Orten kann eine höhere Auslösung vereinbart werden. Nichtanständige sollen Auslösung nicht erhalten; doch haben die Vertreter der Unternehmer erklärt, daß Nichtanständige nicht bevorzugt werden sollen, um dadurch die Auslösung zu umgehen. Von 40 bis 120 km soll alle sechs Wochen freie Fahrt nach dem Heimatort gewährt werden, darüber hinaus nach freier Vereinbarung. Ein Vierteltag wird zum Wohnungsuchen gewährt. Fahrergeld vierter Klasse wird außerdem zur Hin- und Zurückfahrt gewährt, wenn nicht die Benutzung einer andern Wagenklasse vom Unternehmer vorgeschrieben wird. Wird eine andere Klasse benutzt, so wird die Aufgabe des Gepäcks von der Firma bezahlt. Die Fahrzeit wird mit Lohn entschädigt. Fahrgeld wird auch vergütet, wenn der Arbeiter nicht am Betriebsort beschäftigt wird, aber alle Tage nach Hause fährt. Die Benutzung des Wagens zu diesem Zwecke wird mit der Höhe des üblichen Fahrpreises vergütet. — Diese Bestimmungen treten in Kraft, wo durch den allgemeinen Tarif nicht Gegenteiliges vereinbart ist. Wo Zementarbeiter bereits einen höheren Lohn erhalten, bestimmen sie den Lohn weiter, bis er mit dem Tariflohn gleich ist, dann wird er dem Tariflohn entsprechend erhöht. Einzelne Zementarbeiter, die infolge ihres Könnens heute einen höheren als den hier vereinbarten Lohn erhalten, behalten diesen Lohn weiter und erhalten auch die tariflich festgesetzten Zulagen in den nächsten Vertragsjahren, wie die allgemeinen Tarife dies vorsehen. — Diese Abmachungen werden die betreffenden Arbeiter nicht alle befriedigen; aber es muß in Betracht gezogen werden, daß besonders die Auslösung sehr verschärfend geht; manche Kollegen erhielten bis vor kurzem überhaupt keine Auslösung. Auch betrug die Auslösung bei etlichen Firmen für Verbeiratete nur 75 s. Schwiegeeltern wird der Abschluß in Klauen machen, wo die Zementarbeiter vor kurzem höhere Löhne durchsetzen. Da diese aber weiter gezahlt werden, nur mit dem Unterschied, daß dieser Lohn bis 1913 gelten soll, bleibt dort doch zu erwägen, ob den Arbeitern mit einer vertragslosen Zeit mehr gebietet ist.

Deutscher Bauarbeiterverband. Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau I (Königsberg).
Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Nr. 37 unserer Fachorgane berufen wir hiermit die konstituierende Gaukonferenz für den Gau I zum Sonntag, 27. November, vormittags 10 Uhr, nach Königsberg, Mühlstr. 24 b (Vereinsaal), ein.

Jeder Zweigverein ist verpflichtet, sich durch einen Delegierten vertreten zu lassen. Die Zahl der von den Zweigvereinen zu entsendenden Delegierten richtet sich nach den jeweiligen statutarischen Bestimmungen der beiden Verbände. Die Wahl erfolgt getrennt nach Verbänden. Die Adressen der gewählten Delegierten sind gleich nach erfolgter Wahl dem zuständigen Gauvorstand mitzuteilen. Als Legitimation für die Delegierten gelten das Mitgliedsbuch, die Streifenkarte und das vom Gauvorstand zu beziehende Mandat.

Als Tagesordnung der Konferenz schlagen wir vor: Für Tagung der einzelnen Verbände: 1. Bericht des Gauvorstandes; 2. Anträge. Für die gemeinsame Tagung: 1. Der Deutsche Bauarbeiterverband; 2. Konstituierung des Gaus; 3. Anträge.

Alle Teilnehmer werden den beteiligten Zweigvereinen durch Rundschreiben bekanntgegeben.
Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.
J. A.: Jul. Gehl, Danzig, Dominikswall 8.

Der Gauvorstand des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.
J. A.: Mich. Wende, Danzig, Dominikswall 8.

Gau 14. (Beide Mecklenburg, Eich Rostock.)

In den Gauvorstand sind gewählt:
G. Mühl, erster Vorsitzender,
G. Wulf, zweiter Vorsitzender,
H. Pöppe, Kassierer,
Borm, Schriftführer,
H. Berger, Beisitzer,
H. W. W. W.,
H. H. H.,

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:
a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.
Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterweisung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 3. bis 15. Oktober für folgende Mitglieder erteilt:
G. Blömann - Hamburg, 28 756; Frz. Raffat - Augsburg, 307 422; H. Wunderlich - Alenburg, 50 263; G. Bauer - Karlsruhe, 286 156; G. Maasberg - Hannover, 31 249; M. Gröbel - Cassel, 58 752; W. Behmann - Hamburg, 29 255; G. Möbius - Berlin, 502 735; E. Baum - Gadow, 371 275; G. Thörnann - Hannover, 31 228; H. Fischer - Gadow, 59 954; W. Guckel - Gadow, 24 735; H. Müller - Wölsel, 127 863; J. Niemann

Scharfmacherpresse auch dazu dienen muß, gegen die Arbeiterorganisationen zu gehen. In Frankreich ist der Streik der Eisenbahner nun doch ausgebrochen und sehr schnell zu einem Generalstreik geworden. Seit Monaten drohte dieser Streik; er ist nämlich nicht frivol unternommen, sondern von den Ausbeutergesellschaften und der Regierung geradezu provoziert worden. Es handelt sich für die Eisenbahner um die Eringung besserer Arbeitsbedingungen. Sie forderten ursprünglich allgemeine Lohnerhöhung, die der herrschenden Lebensmittelpreiskrise angemessen ist; bessere Arbeits-einteilung, Durchführung eines wöchentlichen Ruhetages etc. Alle diese Forderungen sind durchaus berechtigt. Darüber ist gar kein Wort zu verlieren. Aber die Unternehmer verlegten sich von Anfang an auf das System der Verschleppung, und die Regierung, die zur Intervention angerufen wurde, behandelte auch keine Eisenbahner gerecht zu werden. Als dann die Eisenbahner mit dem Streik drohten, antwortete die Regierung darauf mit der Androhung der Militarisierung der Eisenbahner. Nun ist den so jämmerlich behandelten endlich der Geduldsfaden gerissen. Am Dienstag, 11. Oktober, begann der Streik auf der französischen Nordbahn, die auch einen großen Teil des Verkehrs zwischen Frankreich und Deutschland vermittelt. Im Laufe der folgenden zwei Tage sprang er auch auf die West-, Ost- und Mittelmeereisenlinien über. Nach den am 14. Oktober vorliegenden Mitteilungen war anzunehmen, daß der Eisenbahnerstreik Frankreich so gut wie aufgehört hatte; jedenfalls war der Verkehr mit den Nachbarländern, Deutschland, der Schweiz, Belgien usw., teils ganz, teils in erheblichem Maße unterbrochen. Inzwischen war die Regierung dazu übergegangen, ihre Drohung, die Streikenden unter Militärrecht zu stellen, auszuführen. Sie wurden mobilisiert, d. h. zu den verschiedenen Kriegsteilungen einberufen, und sollten so im Namen der militärischen Disziplin gezwungen werden, gegen sich selbst Streikbrecherdienste zu leisten. Das ist eine in der Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bis jetzt einzig dastehende Maßregel der Staatsgewalt. Es liegt allerdings, daß die von der Einberufungsbefehl betroffenen Eisenbahner entschlossen seien, ihr nicht Folge zu leisten, zumal es sich offenbar in diesem Falle um eine ganz willkürliche, ungeschickliche Anwendung der Mobilisierungsvorschriften handelt. Es darf wohl daran erinnert werden, daß sich der Urheber dieser Maßnahmen, der Ministerpräsident Briand, in früherer Zeit, als er noch hyperkadavraler Sozialist war, nicht genug tun konnte in geradezu fanatischer Schwärmererei und Hegelei für den Generalstreik, selbst unter Anwendung von Gewalt. Der Mann ist ein typisches Beispiel dafür, daß aus einem Revolutionsromantiker selbst ein äußerst ordnungspolitischer Staatsmann werden kann. Zu einem weiteren fribolen Gewaltakt schritt die Regierung, indem sie im Redaktionslokal der „Humanité“ fünf Streikführer verhaften ließ. Herr Briand hat diese Verhaftung ausdrücklich angeordnet, und sie bereitet den Ausführung dieser Drohung kein Hindernis. Die Sozialisten ließen den Streikenden eine Sympathieerklärung zukommen. Auch wurde mitgeteilt, daß eine Reihe anderer für den Verkehr in Betracht kommender Arbeiterorganisationen zwecks Unterstützung der Eisenbahner ebenfalls in den Streik einzutreten beabsichtigen, so die Transportarbeiter und die Straßenkutschler, die Arbeiter der Elektrizitätsindustrie usw.

Nach den letzten Mitteilungen aber scheint der Streik bereits vollständig zusammengebrochen zu sein. Natürlich können wir diese Mitteilung nicht auf ihre Richtigkeit kontrollieren. Es heißt, der größte Teil der Ausständigen habe sich bereits zum Dienstreit gemeldet. Tatsache allerdings ist, daß ein normaler Zugverkehr mit dem Auslande wieder hergestellt ist.

Die Situation erscheint für uns noch nicht dazu angetan, in eine nähere kritische Betrachtung der Sache einzutreten.

Die Revolution in Portugal hat wieder einmal bewiesen, daß die Völker nicht die Bestimmung haben, den Fürsten als Spielball ihrer Launen zu dienen, sondern daß sie um ihrer selbst willen da sind und die Ordnung ihrer Angelegenheiten ohne „gottgewollte Mittler“ aus eigener Kraft und aus eigenem Recht zu besorgen haben. Für das Jahrhundertelang von Fürsten und Pfaffen gequälte und ausgelegene Volk scheint eine neue Periode der Zivilisation, Aufklärung und Freiheit hereinzubrechen. Zu ihrer elementaren Kraft trägt die Revolution den Stempel des historisch Notwendigen und hat dadurch ihre innere Berechtigung erwiesen; sie ist die weltgeschichtliche Quittung für die im Bunde mit Adel und Klerus vom Hause Braganza betriebene Mißwirtschaft.

In dem unter dem Vorstehe des Teofilo Braga tagenden Staatsrat wurden einschneidende Veränderungen in der Verfassung und Verwaltung des Landes beschlossen, die demnächst durch ein Dekret bekannt gemacht werden sollen. Zunächst soll die Diktatur der provisorischen Regierung aufrechterhalten bleiben, ihre Maßnahmen sollen aber sofort nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung die parlamentarische Sanction erhalten. Eine der schwierigsten Aufgaben, die an die Finanzen des Landes gestellt werden muß, wird der Übergang zum Schulzwang sein, der die Neueinrichtung zahlreicher Schulen in allen Teilen des Landes zur Voraussetzung hat. Denn unter der clericalen Herrschaft ist die Volksschule in Portugal arg vernachlässigt worden. Ferner beabsichtigt die Regierung eine Neuordnung des Finanzwesens, namentlich in der Richtung auf eine Entlastung der ärmeren Klassen, die bisher den Hauptteil der Steuerleistung zu tragen hatten. Eine durchaus notwendige Maßnahme der Regierung war die Vertreibung der Jesuiten und aller religiösen Orden, die in Kongregationen leben, und die Trennung von Staat und Kirche. Sollen wir nun noch, daß auch auf dem Gebiete der sozialen Reformen gegenwärtige Umwandlungen vor sich gehen, die unbedingt notwendig sind, wenn die Masse des bedrückten und in Unwissenheit und Armut dahinsiehenden Volkes dauernd für den neuen Zustand der Dinge erhalten werden soll.

Nürnberg 10 E à 50, 100 A à 25. Ruffa 200 B à 50, 400 B à 60. Neichenhall 1000 B à 70, 500 B à 45. Neichenbach 1. Schellen 1000 B à 50, 10 E à 50. Nunnensburg 50 B à 50, 30 A à 25. Neinfeld 600 B à 60. Nunnensburg 4000 B à 60. Nieber 200 B à 45, 200 B à 50. Sulingen 200 B à 50. Sonnenberg 25 E à 50. Salzweil 1200 B à 60. Schramberg 200 B à 60. Sätze 300 E à 50. Solingen 60 E à 50, 30 B à 50. Schweidnitz 400 B à 45. Somschitz 200 B à 50, 10 E à 50, 50 A à 25. Schneberdingen 100 B à 55. Sommerfeld 300 B à 55, 300 A à 25. Saffjusen 500 B à 55, 25 E à 50. Schwanen a. d. W. 300 B à 45, 100 A à 25. Schleswig 800 B à 65, 200 L à 10. Schlawe 800 B à 50. Satom 400 B à 50. Schneebek 400 B à 60. Schoploh 400 B à 60, 100 A à 25. Schwartau 10 E à 50. Steinhach 200 B à 50, 10 E à 150. Schweinfurt 800 B à 65, 400 B à 50, 200 A à 25. Salzbadham 100 B à 60. Trabemünde 250 B à 75, 50 B à 70. Treuen 500 B à 50, 100 L à 10. Lütjenhag 100 B à 75, 300 B à 60, 100 B à 55. Leichenhof 50 B à 40, 50 A à 25. Litzingen 600 B à 60. Langemünde 200 B à 50, 800 B à 60, 100 B à 40. Traunflein 400 B à 55. Leuchner 800 B à 55. Treptow a. d. Rega 200 A à 25. Leubner 24 B à 60. Unterweißbach 20 E à 50, 5. Hetergen 600 B à 70. Uedermünde 1000 B à 50. Uelzen 100 B à 60, 10 E à 150, 200 A à 25. Werden 500 B à 65, 100 B à 60, 100 B à 55. Wittmund 20 E à 50, 5. Waffenburg 900 B à 45, 20 E à 50, 200 L à 10. Wolkeg 400 B à 50, 300 B à 40, 100 A à 25. Wiffler 400 B à 65. Wolkeg 40 E à 50, 400 B à 55, 100 B à 45. Wriegen 500 B à 55. Waldenburg 1. Schl. 50 E à 50. Wriegen a. d. Mier 400 B à 60. Wriegs 200 B à 50, 200 B à 60. Waldorf 300 B à 70. Westershausen 200 B à 45. Wäßig 12 B à 40. Waren 800 B à 50, 500 L à 10. Warrentin 400 B à 55, 5. Zerbst 1000 B à 60. Zossen 5 E à 150.

und 30 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde pro Tag. — Die Ausperrung in diesem Jahr umfasste 51 Wohngebiete und 56 Zweigvereine mit 3535 Mitgliedern. Einen Erfolg erreichten wir für 3821 Kollegen und zwar für 1852 Kollegen 4, für 1749 5, für 200 10. Die durchschnittliche Lohnerhöhung betrug 4,6 % pro Stunde. Die Ausperrung verurteilte A. 212.679,85 Unkosten. Verlust an Arbeitszeit hatten wir 114.904 Tage an Arbeitslohn A. 516.602,59. Ueber die Unkosten der Ausperrung und die Beiträge der Arbeitenden in den einzelnen Zweigvereinen gibt die folgende Tabelle Auskunft. (In den Zweigvereinen mit einem Stern [*] wurde nicht ausgeperrt.)

Zweigvereine	Zahl der Mitglieder	Unkosten der Ausperrung		Beiträge der Arbeitenden	
		fl.	sch.	fl.	sch.
Ahrensböck	73	4699,05	325,40		
Briell	49	3719,45	118,70		
Brunshaupten	47	1399,42	274,—		
Burg a. Jehmann	17	2260,55	41,30		
Bühow	67	2372,55	480,30		
Crimitz	26	1887,72	180,—		
Dargun	30	239,—	300,—		
Dassow	40	3419,95	99,80		
Doberan	80	3278,22	799,60		
Düchelsdorf	30	—	102,80		
Cutin	98	8560,85	570,20		
Frauenburg	42	2443,70	538,50		
Gadebusch	74	4453,75	216,60		
Gnoien	114	5235,95	540,60		
Goldberg	35	41,68	639,—		
Gredesmühlten	72	4196,45	469,20		
Gr. Bodern	60	4496,88	132,90		
Gütrow	26	1675,85	111,—		
Gütrow	81	189,07	2161,60		
Heiligenhafen	48	800,40	528,80		
Hützig	28	742,90	212,40		
Krafow	29	968,20	201,60		
Kröpelin	43	2297,25	400,—		
Laage	43	2465,78	152,40		
Lübeck	544	45501,55	3736,40		
Lübb	88	2455,50	648,70		
Lützenburg	47	1181,83	722,40		
Malchin	40	2068,30	303,—		
Mamerow	3	71,60	45,—		
Marlow	21	618,50	95,70		
Neubufow	78	8990,80	179,10		
Neuland	35	1903,30	159,—		
Neutlofer	37	1536,30	312,—		
Neustadt i. M.	36	2496,40	59,20		
Neustadt i. N.	20	947,05	66,80		
Noblenzerhütte	100	3750,—	507,30		
Nordberg i. S.	14	536,85	126,—		
Nordhagen	62	1540,05	652,—		
Norzin	44	4026,56	47,70		
Nuß	46	2428,60	353,10		
Nuß	30	2799,75	175,50		
Nuß	69	1348,—	910,20		
Nuß	25	1216,05	63,60		
Nuß	20	2415,35	466,50		
Nuß	65	5240,15	177,—		
Notz	177	12765,64	2063,70		
Satow	50	2745,60	235,80		
Schönberg	67	3306,90	434,40		
Schwann	90	5616,05	399,60		
Schwartz	43	3188,90	425,30		
Schwerin	177	12509,20	1137,90		
Stavenhagen	90	3074,95	765,30		
Sternberg	44	2008,95	256,80		
Sülze	38	1503,40	321,40		
Tessin	15	971,35	83,40		
Zetzerow	72	5124,20	116,70		
Zravemünde	30	655,45	697,20		
Waren	74	3799,07	520,50		
Warin	35	1891,—	168,90		
Warnemünde	37	1338,70	639,90		
Wismar	77	4410,21	607,—		
Summa	3892	212679,85	30560,80		

Als verlorene gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Hermann Lufas-Breslau (Verbands-Nr. 17 256), Heinrich Brandt-Hannover (31 782), W. Steffen-Göln (60 429), Paul Scheune-Wittenberg (210 736), Frz. Mergel-Schiffenburg (237 401), Carl Schmalz-Göln (252 441), G. J. Neis-Göln (260 378), W. Schmalz-Göln (260 930), Ernst Neis-Döbste (269 024), P. Gärtner-Heidelberg (314 521), Friedrich Gaus-Mannheim (318 183), Joh. Braun-Mannheim (324 837), W. Schmidt-Planen (326 502), Heinrich Schmalz-Göln (341 529), Georg Lufas-Mecklenburg (366 220), Franz Mergel-Cheunitz (367 500), S. Weidlich-Bremen (371 917), Wilhelm Rath-Göln (388 729), Karl Wurster-Stuttgart (390 643), Paul Liebig-Gölnberg i. Schl. (399 499), Hermann Köber-Samburg (202 654), W. Berner-Gaffel (112 291), Ernst Müller-Samburg (43 450), Hermann Wirth-Merano (86 781), Chr. Grünwald-Darmstadt (159 084), Franz Knopf-Neiße (291 711), Alois Schmidt-Neiße (291 746), Herm. Knopf-Berlin (315 329), C. Chemnitz-Waldsiedl (322 340), Otto Mathis-Weipzig (383 615), Chr. Antonien-Düffeldorf (Dänische Buch-Nr. 3543), W. Geite-Bremen (13 807), Gustav Gräber-Stettin (45 062), S. Weingardt-Stettin (45 307), K. Albrecht-Stettin (45 414), H. Werner-Heinrichswalde (77 732), Alb. Richter-Werder a. d. S. (106 868), Joh. Müller-Moorburg (178 247), S. Twellen-Samburg (204 637), S. Sommer-München (228 343), Georg Hans-Hannover (238 740), Gottl. Bauer-Stuttgart (251 971), Ph. Waditz-Mainz (272 808), Joh. Kubas-Samburg (285 970), J. Herfschach-Düffeldorf (309 304), Friedrich Ehrenheim-Gerne (311 314), Max Wignid-Danzig (312 097), H. Adam-Stuttgart (348 984), M. Wilenski-Curgbau (350 912), S. Körner-Bremen (371 919), M. Sillner-Breslau (425 401), W. Müller-Gelle (431 615), Joh. Günther-Trier (472 351), Heim. Wendt-Beer (484 445), Otto Mitley-Stolz i. B. (340 487), W. Kewede-Stolz i. B. (398 140), S. Freiberg-Nordhausen (398 246); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Friedrich Bubinski-Danzig (050 465), K. Weidner-München (015 441), Joh. Göbhardt-Wittenberg (019 580), M. Tarara-München (020 409), Ernst Dieck-Gamburg (023 366), H. Rugevic-Rattowitz (031 175), Konrad Dorr-Gieken (036 775), Michael Mandl-München i. Schl. (056 644), Mich. Schmidt-München (059 539), S. Haberland-Loburg (073 259), Alb. Otto-Köln (077 059), Alb. Henge-Neiße (08 899), W. Blod-Heidelberg (09 493), M. Daniel-Gerne i. B. (20 443), H. Menzel-Waldenburg i. Schl. (332 486), M. Wille-Berlin (042 582), Joh. Krausnick-Berlin (065 633), Aug. Mülius-Sülzberg (010 942), S. Sonnemann-Braunschweig (027 348), H. Harzer-Stuttgart (031 904), W. Ulrich-Düffeldorf (033 853), G. Verona-Stuttgart (079 975), Wilhelm Rabbe-Solmsminde (086 731).

Der Vorstandsvorstand.

Berichte.

Gau Lübeck. (Konferenzbericht.) Die Konferenz fand am 9. Oktober in Hofst. In der getrennten Tagung der Maurer, auf der 34 Delegierte anwesend waren, teilte Kollege Mühl als Berichterstatter mit, daß die Mitgliederzahl im Gau trotz der Krisis gestiegen sei. Sie betrug im Jahresdurchschnitt 1907 = 3599, 1908 = 3673 und 1909 = 3794. Im ersten Quartal 1910 stieg sie auf 3892 und im zweiten auf 3979. Die Konjunktur im Gau ist zurzeit im allgemeinen gut; eine Ausnahme machen nur Wismar, Lübeck und Hofst., während sich in Schwerin die Konjunktur wieder gebessert hat. Durch die Ausperrung sind viele Arbeiten auf das nächste Jahr verschoben worden, weshalb die Herbstkonjunktur nicht so sein wird. Nichtorganisierte haben wir rund 300 Kollegen. Im Hauptteil (in 34 Bezirken) sind die Maurer zu 100 % organisiert. In der Beitragsleistung steht unser Gau mit 40,20 Beitragsmarken pro Mitglied im Jahresdurchschnitt an vierter Stelle; aber mit 17,90 pro Mitglied an vierzehnter Stelle und auch mit 44,53 % pro Woche an vierzehnter Stelle. Der Streikbeitrag ist im allgemeinen entrichtet worden. Laut Schlussbericht sind im 3. Quartal 1909 eingegangen. Die Rückstände sind sehr gering. Nur 2 Mitglieder sind nicht bezogen. Verlust durch Unregelmäßigkeiten haben wir nicht zu verzeichnen. — In der vorletzten Lohnbewegung im Jahre 1908, an der 21 Orte mit 1287 Kollegen beteiligt waren, wurde erreicht für 883 Kollegen 1, für 252 2, für 107 3, für 30 4, für 20 5, für 5 6 % pro Stunde. Im Durchschnitt ist das eine Lohnerhöhung von 2,8 %. Für acht Orte wurden Beträge ohne Lohnbewegung abgeschlossen, vier Orte bekamen Landgeld, fünf Orte eine Verbesserung der Gehälter

von 1905 bis einschließlich 1909 wurde an Lohnbewegung erreicht: für 272 Kollegen 3, für 255 4, für 135 5, für 418 6, für 524 7, für 336 8, für 40 9, für 387 10, für 276 11, für 40 12 und für 163 13 % pro Stunde. Das ist für 3826 Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung des Stundenlohnes um 6,9 %. Die Arbeitszeitverkürzung von 1905 bis einschließlich 1909 beträgt für 1057 Kollegen täglich eine halbe Stunde und für 219 Kollegen täglich eine Stunde. Die Arbeitszeit wurde also insgesamt für 1276 Kollegen verkürzt, und zwar für 126 Kollegen von elf auf zehn Stunden, für 791 Kollegen von zehneinhalb auf zehn Stunden, für 266 Kollegen von zehn auf neuneinhalb Stunden und für 93 Kollegen von zehn auf neun Stunden. Die Lohnbewegung vom Jahre 1900 bis einschließlich 1912 beträgt für 42 Kollegen 5, für 48 6, für 40 7, für 302 8, für 209 9, für 1208 10, für 459 11, für 638 12, für 78 13, für 186 14, für 30 14 1/2, für 494 15, für 60 17, für 98 18 % pro Stunde. Im Durchschnitt erhielten also 3826 Kollegen pro Stunde 11,3 % mehr. — Beim letzten Tarifabschluss wurde eine Arbeitszeitverkürzung nicht erzielt. Im Jahre 1909 war der Gau vorübergehend 245 Tage außerstand, und zwar so, daß er zuzugehen war in 105 Versammlungen, 122 Sitzungen und Besprechungen, 45 Revisionen und Abrechnungen, 35 Verhandlungen, 4 Konferenzen und 5 andern Angelegenheiten. Im Jahre 1910 war er 186 Tage außerstand beschäftigt, und zwar in 83 Versammlungen, 93 Sitzungen und Besprechungen, 26 Revisionen und Abrechnungen, 4 Verhandlungen, 4 Konferenzen, 3 Verbandstagen und 4 sonstigen Angelegenheiten. — Den Kassenbericht der Kassa gab Kollege Stemann. Da die Jahresabrechnung für 1909 in Nr. 12 des „Grundstein“ veröffentlicht ist, können wir von einer Wiederholung absehen. In diesem Jahre betrug die Einnahme bis zum 30. September M. 4637,82, die Ausgabe M. 4333,22, somit der

Kassenbestand M. 304,60. Kollege Steen erklärte, daß die Revision die Kassa vorchriftsmäßig revidiert und stets für richtig befunden hätte. Es wurden dann noch Kollegen für den Gauvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes vorgeschlagen, der aus sieben Personen, fünf Mauern und zwei Bauhilfsarbeitern, bestehen soll. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Auf der gemeinsamen Tagung der Maurer und Bauhilfsarbeiter waren mit den Vertretern der beiden Gau- und Hauptvorstände insgesamt 68 Delegierte anwesend und zwar 47 Maurer und 21 Bauhilfsarbeiter. Kollege Baeplov legte zunächst den Bericht der Versammlung beider Verbände dar, von denen er sagte, daß sie wie bei der Arbeit und im Kampf, so auch in der Organisation zusammengehören. Sollen auf den Bauten zwischen den beiden Gruppen Reibereien vorkommen, so müssen diese unbedingt bekämpft und beseitigt werden. Die Stärkung der Organisation müsse vorläufig unsere erste Aufgabe sein. Dann erfolgte die Wahl des Gauvorstandes. Als Beamter wurde einstimmig der Kollege Mühl gewählt. Von den Mauern wurde weiter in den Gauvorstand gewählt: Berger mit 68, Wulf mit 65, Paepke mit 55 und Ullwald mit 42 Stimmen; von den Bauhilfsarbeitern Mühl und Born mit je 70 Stimmen. (Da nur 68 Delegierte anwesend waren, scheint hier ein Irrtum des Berichterstatters vorzuliegen. D. Red.) Die Funktionen der einzelnen Gauvorstandsmitglieder sollen später durch den Gauvorstand verteilt werden. Die Revision der Kassa soll von den Revisoren des Zweigvereins mit erledigt werden. Dem Gauvorstand wurde anheimgegeben, notwendig werdende Konferenzen nach einem Ort in der Mitte beider Mecklenburger einzuberufen. Kollege Kröger-Hofst. wies auf die Notwendigkeit der politischen Organisation hin. Gerade die Berufsarbeiter seien in Mecklenburg politisch sehr schlecht organisiert; denn es gehörten kaum 30 % von ihnen den politischen Organisationen an. Da die Reichstagswahlen vor der Tür stehen, sei es dringend notwendig, daß sich alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch politisch organisieren und in der Partei tätig mitarbeiten. Kollege Baeplov schloß sich diesen Ausführungen vollständig an. Es sei bemerkenswert, daß es noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gebe, die nicht politisch organisiert seien. Immer wieder müsse verlangt werden, daß die Gewerkschaftsmitglieder in der Partei ihre Pflicht erfüllen. Insbesondere sollten alle Gewerkschaftsmitglieder auch die Parteipresse, in Mecklenburg die „Mecklenburger Volkszeitung“, lesen, um sich über alle wichtigen Vorgänge in öffentlichen Leben unterrichtet zu sein. Es wäre eine Schande, wenn in Versammlungen und auf Konferenzen die Bauhandwerker als politisch rückständig bezeichnet werden könnten. Aufgabe der Delegierten sei es, dafür zu sorgen, daß man den Bauarbeitern in Zukunft auch in politischer Beziehung nur lobendes nachtragen könne. — Mit einem Hoch auf den neuen Deutschen Bauarbeiterverband wurde darauf die Konferenz geschlossen.

Gau Frankfurt a. M. (Konferenzbericht.) Die Konferenz tagte am 9. Oktober in Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. Kollege Güttmann erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß die letzte Gaukonferenz der Maurer des Gaues sei, da im Anschluß an diese die konstituierende Gaukonferenz für den Deutschen Bauarbeiterverband stattfinden werde. Er wies darauf hin, daß auf dieser Konferenz alle den Gau betreffenden Angelegenheiten geregelt werden müssen, um nicht etwaige Widersprüche und Differenzen in den Bauarbeiterverband mit übernehmen zu müssen. Zur Leitung der Verhandlungen wurden Güttmann-Frankfurt und Junglaus-Cassel als Vorsitzende und Hermann-Gornau i. L. und Pöhl-Wittenberg als Schriftführer gewählt. Anwesend waren: 5 Gauvorstandsmitglieder, 61 Delegierte aus 17 Zweigvereinen und als Vertreter des Hauptvorstandes der Kollege Silberstadt-Berlin.

In seinem Bericht wies Kollege Güttmann zunächst darauf hin, daß sich dieser nur auf das Jahr 1909 und das erste Halbjahr 1910 erstreckte. Im übrigen verwies er auf den kurzen gedruckt vorliegenden Bericht. Die Konjunktur war in der Berichtszeit nicht gut zu nennen. Die Krise mit ihren Folgeerscheinungen hat sehr stark auf unser Gebiet eingewirkt. Nur ein Beispiel: In Frankfurt a. M. waren nach unserer Feststellungen beschäftigt: 1905 rund 3000 Kollegen, 1907 nur 2400 und 1908 gar um 1100 Kollegen; jetzt ist die Zahl wieder auf etwas über 2000 gestiegen. Eine gute Konjunktur hatten Hanau und Offenbach, eine schlechte Cassel, Mainz und Wiesbaden; dort hat sie sich auch jetzt noch nicht erholt. In diesen Orten ist jedoch seit Jahren eine stabile Organisation, so daß der Mitgliederrückgang dort in der Hauptsache auf das Konto Abreise zu setzen ist. Einige kleinere Zweigvereine tranken seit einigen Jahren, darunter Oberstein, wo es nun gelungen ist, eine Besserung herbeizuführen, so daß es auch möglich wurde, mit den Unternehmern, die sich seit Jahren dagegen wehrten, einen Tarif abzuschließen; der den Kollegen wesentliche Vorteile sichert.

Die Mitgliederzahl im Gau betrug 1897 und 3000; sie stieg bis 1900 auf 5100, erreichte im Jahre 1907 mit 16871 ihren Höhepunkt und ging dann infolge der Krisis wieder zurück. Am Schlusse des zweiten Quartals betrug sie 12546. Zurzeit scheint eine allgemeine Besserung eintreten zu wollen; ob wir aber eine wesentliche Zunahme an Mitgliedern erreichen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wir müssen allerdings alle Kräfte anspannen, um wieder vorwärts zu kommen. Weiter schreibt auch die geistige Entwicklung nicht so fort, wie dies notwendig wäre. Es muß deshalb mehr Wert darauf gelegt werden, daß alle Kollegen, besonders aber Personen, die in den Verwaltungen sind, nicht bürgerliche Blätter, wie „Kleine Presse“, „Generalanzeiger“ usw. lesen, sondern sozialdemokratische Zeitungen („Frankfurter Volksstimme“, „Offenbacher Abendblatt“, „Darmstädter Volksfreund“, „Mainzer Volkszeitung“, „Casseler Volksblatt“ und „Oberhessische Volkszeitung“). Sehen wir uns das Gebiet näher an, so finden wir, daß für die Organisation noch sehr viel zu tun übrig bleibt. Sind doch im Gau noch rund 5000 Orte ohne jegliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden; davon zählen 4400 bis zu 2000 Einwohner, 171 von 2000 bis 5000, 21 von 5000 bis 10000, 3 von 10000 bis 20000 und ein Ort über 20000. In diesen Orten reicht der Einfluß der Organisation noch nicht aus.

Der Redner schildert dann die Verhältnisse in Coblenz, Altschaffenburg und Sulda, wo wir mit Unterstützung durch die Gauassesse Personen freigestellt haben. Er erklärt, in den beiden ersten Orten sei der Erfolg befriedigend, während Sulda unsere Erwartungen nicht erfüllt habe; aber auch den Coblenzern erginge es dort ebenso. In Kreuznach sei es in letzter Zeit gelungen, etwas vorwärts zu kommen und es sei jetzt ein Tarif abgeschlossen worden. Eine sehr wichtige Frage sei die diesjährige Lohnbewegung, die erörtert werden müsse. Der Unternehmer lobte im hiesigen Bezirk war von vornherein befreit, die Ausperrung möglichst unangenehm zu gestalten und auch durchzuführen. Die nachfolgenden Zahlen geben Aufschluss über den Umfang der Ausperrung. Die Zahl der Ausgesperrten betrug in der

1. Ausperrungswoche	4620	7. Ausperrungswoche	4743
2. "	5174	8. "	4585
3. "	4632	9. "	4534
4. "	4704	10. "	1995
5. "	4785	11. "	157
6. "	4793		

In den einzelnen Zweigvereinen gestaltete sich die Ausperrung folgendermaßen. Es waren ausgesperrt in:

Namen der Zweigvereine	Woche										
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.
Altschaffenburg	121	121	67	69	71	62	58	45	34	—	—
Affel	390	518	477	638	579	637	642	635	642	645	—
Darmstadt	320	360	547	580	562	566	530	525	505	393	97
Schwewe	62	62	61	68	80	112	129	130	135	110	19
Frankenberg	28	25	12	12	6	10	11	11	11	11	—
Frankfurt a. M.	2595	2732	2100	2100	2243	2095	1968	1824	1734	—	—
Sulda	—	—	84	113	118	109	105	93	111	—	—
Gambach	60	60	41	38	39	31	38	38	26	—	24
Gießen	140	159	106	144	92	125	123	113	120	109	17
Grandenborn	2	1	—	—	7	6	5	2	—	—	—
Hersfeld	57	100	115	134	111	130	130	130	130	—	—
Mainz	305	431	398	283	293	305	307	319	312	267	—
Marburg	102	90	35	33	33	44	39	37	34	10	—
Niedershausen	5	13	10	3	8	8	5	4	—	—	—
Oberjühl	10	15	10	—	—	15	15	15	16	—	—
Rhönda	—	—	5	6	5	5	5	5	—	—	—
Weilburg	—	—	—	21	21	22	18	17	16	8	—
Wiesbaden	361	501	560	560	537	593	611	637	702	420	—
Witzenhausen	2	5	3	3	2	2	2	—	—	—	—

Zusammen... 4560/5174/4632/4704/4785/4793/4743/4585/4534/1995/157

In Frage kamen demnach im Gau 19 Zweigvereine. Die Gesamtausgaben für die Ausperrung betrugen M. 444 024,13. Gelang es den Unternehmern auch nicht, alles auszusperren, so gelang es ihnen doch, ungefähr 40 pSt. auf die Straße zu bringen. Die Ausperrung endigte befriedigend durch den Dresdner Schiedsgericht, der vorhielt, daß alle sich aus den örtlichen Verhandlungen ergebenden Differenzen durch örtliche Schiedsgerichte endgültig entscheiden werden sollen. Diese Schiedsgerichte entsprechen nicht in vollem Maße unseren Wünschen; aber dennoch weigert sich der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes bzw. Führer bis heute, den Tarif zu unterzeichnen. Wir als Arbeiter können das nicht so hingehen lassen, sind vielmehr der Ansicht, daß der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband durch den Arbeitgeberbund gewonnen werden muß, den Vertrag mit uns abzuschließen. Lohnbewegungen überhaupt hatten wir seit Bestehen des Gaus 308, die sich über 878 Orte erstreckten und an denen 3520 Unternehmer und 44 645 Gesellen beteiligt waren. Interessant ist auch die Gestaltung der Stundenlöhne im Gau in den Jahren 1885 bis 1912, die folgendermaßen ausfällt:

Namen der Zweigvereine	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1912
Allendorf-Sooden	—	—	—	—	35	38	?
Altschaffenburg	30	30	32	37	40	44	48
Affel	29	33	36	42	50	55	59
Coblenz	22	27	28	28	38	48	?
Darmstadt	28	32	33	40	45	48	52
Wensheim	—	—	—	—	38	44	?
Schwewe	20	24	24	30	34	39	43
Frankenberg	—	—	—	—	34	38	?
Frankfurt a. M.	30	37	37	48	52	57	63
Freiburg-Rauheim	—	—	—	—	40	44	48
Hanau a. M.	26	30	32	40	43	46	50
Schöft-Griesheim	23	31	33	40	46	50	54
Homburg (Zaunus)	21	25	27	40	44	48	52
Hangen	24	24	28	36	46	51	55
Offenbach	34	36	36	44	48	51	50
Sulda	22	24	24	33	38	39	47
Gambach	—	—	—	—	35	39	42
Gießen	23	25	27	33	38	42	46
Wehlar	24	27	30	32	36	41	45
Grandenborn	—	—	—	—	—	—	—
Hersfeld	—	—	—	—	32	40	44
Hirn (Nabe)	—	—	—	—	31	40	?
Limburg	—	—	—	—	33	37	?
Mainz	31	38	38	44	48	51	55
Kreuznach	23	30	31	30	32	36	39
Marburg	26	26	34	34	37	44	48
Niedershausen	—	—	—	—	31	37	?
Oberstein (Nabe)	—	—	—	—	30	40	51
Oberjühl	—	—	—	—	—	—	—
Rhönda	—	—	—	—	—	—	—
Uffen	—	—	—	—	—	—	—
Uffen	—	—	—	—	—	—	—
Weilburg	—	—	—	—	30	37	?
Wiesbaden	27	28	33	42	48	51	56
Witzenhausen	—	—	—	—	42	—	—
Witzenhausen	—	—	—	—	35	43	45

Anders Organisierte haben wir im Bezirk eigentlich nur christliche. Auf je ein Mitglied von diesen kommen zehn Mitglieder von uns. Die innere Verwaltung ist in den letzten Jahren besser geworden, jedoch gibt das Verhalten einzelner Kollegen immer wieder Anlaß zur Kritik. In Zukunft muß das aufhören.

Den Kassenbericht gab Kollege Seitz, der die Kassenverhältnisse nicht als gerade günstig schilderte. Durch die zahlenden Zuschüsse an Coblenz, Altschaffenburg und Limburg

mußte die Hauptkasse wegen Zuschuß in Anspruch genommen werden. Die Einnahme der Kasse im Jahre 1909 betrug M. 12 428,03, die Ausgabe 11 718,85 und der Kassenbestand M. 709,18. Im ersten Halbjahr 1910 betrug die Einnahme M. 5278,53, die Ausgabe M. 5228,55 und der Kassenbestand M. 49,68. — Für die Revisionen berichtete Goldacker und beantragte Dechargierung, was später einstimmig erfolgte. — An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Junglaus, Döschmann, Hartmann, Delp, Pöhl, Schmitt, Kneifel und Bullmann, die sich alle mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden erklärten und kritische Wünsche vorbrachten. Kollege Pöhl dankte im Auftrage der Altschaffener Kollegen für die aus der Kasse aufgewandten Mittel und sprach die Hoffnung aus, in absehbarer Zeit die Kasse nicht mehr belasten zu müssen. — In seinem Schlusswort autorisierte Hüttmann den einzelnen Rednern auf ihre porgetragenen Wünsche und forderte zur regen Mitarbeit in der Zukunft auf. — Als Mitglieder für den Gauvorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurden dann die Kollegen Hüttmann, Seitz, Pöhl und Lorenz vorgeschlagen und dieser Vorschlag auf Anraten des Kollegen Silberfeld einstimmig akzeptiert.

Nach der Mittagspause traten die Delegierten der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu einer gemeinschaftlichen Konferenz zusammen, an der insgesamt 96 Vertreter der Maurer und 23 Vertreter der Bauhilfsarbeiter teilnahmen. Zur Leitung der Konferenz wurden Hüttmann und Hempel als Vorsitzende und Herrmann und Heidemann als Schriftführer bestimmt. Hempel schilderte im ersten Punkt der Tagesordnung die Entstehung und Entwicklung der Organisationen und wies darauf hin, wie die gewerkschaftlichen Organisationen in ihren Anfängen von 1864 bis 1890 verfolgt worden sind. Wie dann nach dem Falle des Sozialistengesetzes im Anfange der neunziger Jahre die Zentralisation vorgenommen wurde und die Verbände mit ganz niedrigen Beiträgen ein tätiges Dasein fristeten; aber immerhin den Verhältnissen entsprechend teilweise annehmbare Erfolge erzielten. Er wies ferner darauf hin, wie sich später mit der Erhöhung der Beiträge die Leistungsfähigkeit der Organisationen steigerte und als Folge eine rapide Mitgliederzunahme zu verzeichnen war. Weiter wies er auf die Entwicklung und Unmündigkeit im gesamten Wirtschaftsleben hin, sowie auf die inzwischen gebildeten und erstarrten Unternehmerverbände. Die dadurch immer mehr an Umfang gewinnenden Lohnkämpfe bedingten eine größere Schlagfertigkeit und Leistungsfähigkeit der Organisation, deren Erkenntnis denn auch dazu geführt habe, die teilweise schon lange als notwendig erachtete Verschmelzung der beiden großen Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu vollziehen. Die Verhandlungen der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Leipzig in diesem Frühjahr haben diese Frage noch einmal gründlich geprüft und der daran anschließende konstituierende Verbandstag hat die Verschmelzung nahezu einstimmig beschlossen. Redner geht dann näher auf die Veränderungen ein, die das neue Statut vor sich, besonders bezüglich der Kräfte- und Streitunterstützung, und betont, diese Veränderungen seien notwendig, um die Verschmelzung und weitere Entwicklung der Organisationen möglich zu machen. Wenn die Verschmelzung jetzt vollzogen sei, müßten wir bestrebt sein, kollegial und kameradschaftlich zusammen zu arbeiten, um ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Gruppen zu bewahren, dann sei es auch fernerhin möglich, Erfolge zu erzielen.

Im zweiten Punkte wies Hüttmann darauf hin, daß man die Frage der Zuschlagsbeiträge heute vielleicht gar nicht erörtern hätte, wenn nicht durch die Verschmelzung eine Regelung der Zuschläge notwendig würde. Rund 10 000 Mitglieder des Maurerverbandes hätten heute 10 % Lokalaufschlag und auch die Bauhilfsarbeiter hätten teilweise solche eingeführt. Wir müssen versuchen, die Sache einheitlich zu regeln. Heute wisse man noch nicht, wie sich die Kämpfe in Zukunft gestalten würden; wir hätten noch keinen Reichstarif und der Unternehmerbund sei auch noch gar nicht reif, alle getroffenen zentralen Abmachungen bei allen seinen Mitgliedern durchzuführen; das beweist doch gerade das Verhalten des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, der sich weigert, die zentralen Abmachungen anzuerkennen und den Tarif zu unterzeichnen, zur Genüge. Wir können also noch nicht damit rechnen, daß wir unsere Verhältnisse jetzt zentral regeln werden; es können in einzelnen Bezirken sehr leicht Kämpfe wiederkehren und dann seien starke Lokalfassbestände eine sehr gute Deckung der einzelnen Zweigvereine. Aber auch für Bildungszwecke müssen wir in Zukunft noch mehr aufwenden; es seien deshalb die Zuschläge eher zu erhöhen als herabzusetzen. Die Unternehmer hätten heute vor unserer großen Mitgliederzahl weniger Angst als vor unserm Geldbeutel. (Beifallslos: Sehr richtig!) Es werde notwendig sein, das Lokalfassvermögen im Gau, jetzt M. 120 000, auf M. 200 000 bis 300 000 zu erhöhen, um künftig in allen Fällen mehr Unbrennbarkeit zu haben. — In der Diskussion sprachen sich sämtliche Kasseler Delegierten gegen eine Erhöhung der Zuschlagsbeiträge aus, einige Delegierten sprachen dafür, worauf folgende Resolution gegen sieben Stimmen angenommen wurde:

„Die am 9. Oktober im Gemeinschaftshaus in Frankfurt a. M. tagende konstituierende Konferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschließt in der Frage der örtlichen Zuschlagsbeiträge: 1. Die Wohnverhältnisse der Mitglieder im Bezirk und die dadurch notwendige Gliederung der Organisation in Zastellen und Filialen bedingt höhere Mittel für die Verwaltung und Agitation. 2. Durch die große Ausperrung im Jahre 1910 ist mehr denn je hervorgetreten, daß die finanzielle Leistungsfähigkeit bedeutend gehoben werden muß. 3. Es muß eine möglichst schnelle finanzielle Stärkung und Gebung der Lokalfassen der Zweigvereine im Bezirk erreicht werden. Dazu drängt allein schon das reaktionäre Verhalten des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes. Je größer die finanzielle Selbständigkeit der Zweigvereine ist, desto größer ist ihre Macht. 4. Deshalb haben alle Zweigvereine im Gau mit dem 1. März 1911 einen Lokalaufschlag von 10 % pro Woche und Mitglied einzuführen. Außerdem ist den Vorständen der Vereine dringend zu empfehlen, höhere Lokalaufschläge als 10 % pro Woche einzuführen, um eine schnellere Steigerung der Lokalfassvermögen zu erreichen. Die Einführung höherer Lokalfassbeiträge ist vom Gauvorstand und von den Zweigvereinsvorständen energisch zu propagieren.“

In den Gauvorstand für den Deutschen Bauarbeiterverband wurden gewählt: Hüttmann und Hempel als Vorsitzende, Seitz und Krugenberg als Kassierer, Pöhl und Bus als Schriftführer, Lorenz als Beisitzer und Goldacker, Wöös und Henning als Revisoren. Hierauf nahm Silberfeld das Wort und wies darauf hin, wie die Entlohnung über einzelne und auch ganze Gesellschaftsmitglieder hinwegschreitet, wie sie diese einzeln, Vestehebes umzuändern oder aufzugeben. Aus dem Beitritt der Entlohnung zu folgen sei auch die Verschmelzung vorgenommen worden. Es sei unter den derzeitigen Verhältnissen notwendig, alle Kräfte zusammenzufassen, um schlagfertiger zu sein und um mit gezeigten Kräften, die unter harrenden Aufgaben zu erfassen und zu vollbringen. Tausende von Arbeitern gebe es im Bezirk nach, für die noch so gut wie gar nichts geschehen sei. Tagelöhne von M. 1,50 seien noch zu verzeichnen, die zu befeigen eine lohnende Aufgabe des Bauarbeiterverbandes sein werde. Daß die Unternehmer nicht friedlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln wollen, gehe klar daraus hervor, daß sie einen großen Kriegsschlag bilden wollen, um — mit Herrn Seitz zu sprechen — einen Frieden zu bekommen, wie die Unternehmer ihn brauchen. Demgegenüber müßten wir unsere Organisation ausbauen und unsere Kollegen ausbilden, damit sie, Maurer wie Bauhilfsarbeiter, brüderlich zusammenhalten und sich gegenseitig ergänzen, damit der neue Verband Großes leisten könne. Es müsse den Mitgliedern zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Ausbeutung weder von den gelehrten noch den ungelehrten Arbeitern halt mache, sondern beide gleichmäßig beandele; gelinge uns dies, dann werden wir eine Macht bilden, mit der die Unternehmer rechnen müssen. Damit war die Konferenz zu Ende.

Gau Magdeburg. Die Konferenz, die am 9. Oktober in der „Reichshalle“ in Magdeburg tagte, war von 79 Delegierten aus 69 Zweigvereinen besucht. Der Gauvorstand war vollständig, der Verbandsvorstand durch den Kollegen Bömelburg vertreten. Kollege Koch eröffnete die Konferenz mit einigen begrüßenden Worten, in denen er auf die Bedeutung dieser Konferenz für die spätere Entwicklung der Organisation im Gebiet des Gaus hinwies. Dann erläuterte er den Geschäftsbereich des Gauvorstandes. Der Bericht lehnt sich an die in den Jahrbüchern des Verbandes erstatteten Berichte an. Ihn ist zu entnehmen, daß der Gauvorstand im Laufe der Berichtsperiode ein gewaltiges Pensum Arbeit zu erledigen hatte, um allen an ihn gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Im besonders hohen Maße wurde der Gauvorstand durch die Leitung der Lohnbewegung in Anspruch genommen. Was da alles in den einzelnen Orten verlangt wurde, war oftmals mehr, als mit dem besten Willen erfüllt werden konnte. Über auch in anderer Beziehung fehlte es an Arbeit nicht. Mit der regelrechten Durchführung der Kassen- und Buchführung hapert es manchmal noch sehr, so daß da recht viel nachgeholfen werden muß. Polizei und Staatsanwalt haben auch in dieser Berichtsperiode gezeugt, daß sie die Adresse derjenigen unserer Kollegen, die sich ein in unsern Augen nur sehr geringes Vergehen gegen die Gesetze zuschulden kommen ließen, sofort zu finden wissen, um sie mit harten Strafen zu belegen. Kollege Koch schloß seine Ausführungen unter reichem Beifall mit den Worten: „Kollegen! Aus der Fülle dessen, was im Laufe der Berichtsperiode im Gebiet des Gaus in die Erscheinung trat, habe ich wohl die wichtigsten Dinge kurz erwähnt. Wer die Jahrbücher des Verbandes noch nicht gelesen haben sollte, muß das Versäumte nachholen, er wird sich dann in manche Einzelheit dieser orientieren können als das beim mündlichen Bericht der Fall sein kann. Der Gauvorstand hat getan, was ihm zu tun möglich war. Wenn wir nicht allen Anforderungen, die an uns gestellt wurden, nachkommen konnten, wenn Ihr jetzt zur Kritik unserer Tätigkeit schreibt, so wendet Ihr Euch von dem Gedanken lassen müssen, daß Ihr, wenn Ihr an unserer Stelle gestanden hättet, es vielleicht auch nicht besser hätte machen können. Unser Leitmotiv war immer, unser ganzes Sein in den Dienst der Organisation, der gesamten Arbeiterbewegung zu stellen. Wenn das auch in der Folgezeit bei uns allen, die wir hier versammelt sind, unser Leitmotiv sein wird, dann werden wir in den neuen Bahnen der Organisation, die wir von nun an betreten wollen, uns selbst und der gesamten Arbeiterschaft die trefflichsten Dienste leisten.“

Die Berichte des Kassierers und der Revisoren waren nur kurz. Die Revisoren hatten immer alles in better Ordnung gefunden, so daß sie mit ruhigen Gewissen Entlastung des Kassierers beantragen konnten. In der Diskussion wurde im allgemeinen die sehr umfangreiche Tätigkeit des Gauvorstandes anerkannt. Die Delegierten aus Wiesbaden, Döschmann, Magdeburg und Berlin hatten einige Ausführungen. Die Lohnbewegung dieses Jahres hat in diesen Orten nicht das gebracht, was sie nach Meinung der Kollegen bringen mußte, wofür nun natürlich der Gauvorstand büßen sollte. Bömelburg wies nach, daß der Gauvorstand getan habe, was er tun mußte, er wolle nicht schmökern, aber das müsse er denn doch sagen, seine Schuldigkeit habe der Vorstand in vollem Maße getan. — Im Schlusswort stellte Kollege Koch noch einige Unstimmigkeiten richtig, dann wurden die Kollegen Koch, Sahn, Bernick und Lange einstimmig der nachmittags tagenden konstituierenden Konferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes als Gauvorstandsmitglieder in Vorschlag gebracht. Dasselbe ist mit den Kollegen Richter und Othmer als Revisoren der Fall. Schluß der Konferenz 12 Uhr mittags.

Um 2½ Uhr nachmittags traten die Delegierten der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter zu der gemeinsamen Tagung zusammen. Es waren von den Maurern 79 Delegierte, der gesamte Gauvorstand und als Vertreter des Verbandsvorstandes Kollege Bömelburg anwesend; die Bauhilfsarbeiter hatten 25 Delegierte sowie die Kollegen Frenz als Vertreter des Hauptvorstandes entsandt. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Koch und Frenz gewählt, zum Schriftführer Kollege Dege-Galle. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Deutsche Bauarbeiterverband“ referierte Kollege Koch. Der Referent schilderte in leicht verständlicher Weise in großen Zügen die Entwicklung der Organisation seit der Zeit der Freiheitskriege bis zum heutigen Tage. Des weiteren behandelte er die Unternehmerorganisation, die in den letzten Jahren große Fortschritte

gemacht und mit der unsere Organisation schon so manchen harten Kampf ausgefochten hat. Die Notwendigkeit der Verschmelzung wurde von Kollegen gleichfalls in treffender Weise geschilbert. Dann behandelte er die Uebergangsbestimmungen und kam auf einige für die Zweigvereine wichtige Bestimmungen zu sprechen. Es sei notwendig, daß in den Verhandlungen über das Statut gesprochen werde, damit jedes Mitglied von dem Inhalt des Statuts informiert sei. Zum Schluß forderte Kollege Koch die Delegierten auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, um bei Beginn der Geschäftsjunktur die uns noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Wenn wir das tun, dann werde es möglich sein, die Ketten des Kapitalismus zum Segen aller Kollegen von uns zu streifen. — Eine Diskussion wurde zu dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag nicht gewünscht. — Als Vorlesende des Gaus wurden dann einstimmig die Kollegen Koch und Richter gewählt, als Kassierer der Kollege Fahn, als Beisitzer die Kollegen Lange, Bernick, Ude und Fischer, als Revisoren die Kollegen Richter, Dittber und Stein. Kollege Wömelburg hielt dann einen Rückblick über die Entstehung der Unternehmerorganisation und besprach eingehend die Bodenbewegungen 1908 und 1910, welche letztere einen glänzenden Sieg für die Bauarbeiterschaft Deutschlands darstellte. Durch den Ausgang der Kämpfe seien die Unternehmer gezwungen worden, den Zentralrat aufzunehmen, um eine breite Kampflinie zu haben, um dann zu einem gewaltigen Schlage auszuholen zu können. Die Unternehmer werden ihre Pläne, die sie in diesem Jahre nicht verwirklichen konnten, im Jahre 1913 erneut durchzuführen suchen. Sie rüsten schon jetzt, was die Beschlässe der Bundesversammlung bezüglich der Gründung eines Vertriebsvereins von einer Million Mark beweisen. Dieser Vertriebsverein soll zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation dienen. Schwere Kämpfe politischer und wirtschaftlicher Art seien uns bevor, und es wird von der Regierung versucht werden, mit Hilfe der herrschenden Klasse den Arbeitern ein neues Zuchtgesetz aufzuerlegen. Deshalb muß jeder einzelne von uns seine ganze Kraft der Organisation zur Verfügung stellen. Nur Mut, Energie und Entschlossenheit, dann werden wir auch aus den nächsten Kämpfen siegreich hervorgehen. (Beifall.) — Beendigung. — Die Verhandlung der Arbeiterorganisation in der Stadt Hamburg schließt sich den vorläufigen Ausführungen des Kollegen Wömelburg an und erwidert die Delegierten des Bauhilfsarbeiterverbandes, das Heil nicht allein von den Bauern zu erwarten, sondern dafür zu sorgen, daß jeder Bauhilfsarbeiter seine ganze Kraft einsetze zum Wohle der deutschen Bauarbeiterschaft. Wenn wir das tun und wenn wir fortgesetzt einer Klärung verbleiben, so können wir den Unternehmern einen kräftigen Druck entgegenzusetzen, und es würde uns gelingen, große Vorteile zu erringen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Kollegen Koch wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den neuen Deutschen Bauarbeiterverband um 5 Uhr geschlossen.

Oberstein. Mit recht „gewöhnlich“ Worten und Bezeichnungen glaubt anscheinend der Stadtbaumeister Müller in Oberstein die Kollegen am Schulhausneubau belegen zu dürfen; denn „ber d am m t e r i m m e l“ und „Fliegel“ sind Ausdrücke, die er sich gegen einen Kollegen erlaubt, von dem er vermutete, daß er zu einigen seiner Ausführungen gelangt habe. Aber mit diesen Beschimpfungen war es noch nicht genug, sondern der Baumeister suchte auch den Bauunternehmer zu veranlassen, den Kollegen sofort zu entlassen. Das geschah nun ja zu guterletzt deshalb nicht, weil der Unternehmer wußte, daß der Kollege sich freies Vergehen schuldig gemacht hatte. Er entfernte ihn freilich vom Schulhausneubau und beschäftigte ihn kurze Zeit mit anderen Arbeiten; dann aber mußte der Kollege wieder am Schulbau weiterarbeiten, weil die Arbeitskräfte knapp waren. Als der Baumeister nun den Kollegen ein paar Tage später wieder auf dem Schulneubau erblckte, veranlaßte er, daß der Kollege durch den Polier sofort vom Bau gewiesen werde. Nun aber legten sämtliche Kollegen wegen dieses Vorganges die Arbeit nieder. Sie fanden dann eine Kommission an den Stadtbürgermeister, der nach anfänglicher Weigerung die Wiedereinstellung des Kollegen befügte. Nichts interessiert ist dabei ein Anspruch des Stadtbürgermeisters, der von der Kommission sagte, die Kollegen wollten bloß streiken. Das könnten sie auch ruhig tun; denn es sei solange kein Geld da und lasse man den Bau einfach liegen. Mögen alle Kollegen, auch die paar unorganisierten, die richtige Lehre aus diesem Vorwurms ziehen, indem sie fest und geschloffen zur Organisation stehen; denn nur dadurch können wir unsere Macht vergrößern.

Fliesenleger.

Essen. Der abgeschlossene Tarifvertrag ist mit dem 1. Oktober in Kraft getreten. Im Essener Gebiet sind uns von den organisierten Firmen keinerlei Schwierigkeiten gemacht worden. Von den unorganisierten haben bereits vier Firmen den neuen Vertrag anerkannt. Es sind dies: Johann Nachtrief — Altesen, Greif & Schumann — Essen, Bloeger & Co. — Essen und Wihl, Fürst — Essen. Gepernt sind die Firmen Josef van Doren, Lange & Co. sowie die Firma Reuhaus, früher Cesana & Co. Ein weiterer Wechselstand hat sich hier in letzter Zeit dadurch bemerkbar gemacht, daß bei der flotten Konjunktur sehr viele fremde Kollegen zureiten, ohne sich an das Verbandsbureau oder an unsern Vorstand zu wenden. Dies ist ganz entschieden zu verurteilen, da wir unter diesen Umständen die Kontrolle verlieren. Wir eruchen daher dringend, bevor Kollegen aus andern Städten zureiten, vorher mit unserm Vorlesenden, Kollegen Heinrich Klein, Essen-West, Barhoffstraße 18, in Verbindung zu treten. Eine große Anzahl unserer anfassigen Kollegen, die der Organisation seit Jahren angehören und stets in den vorderen Reihen gestanden haben, liegen heute auf dem Pflaster, weil die Unternehmer mit genügend fremden Kollegen versehen werden und daher auch nicht nötig haben, die ihnen unliebsam gewordenen Kollegen zu beschäftigen, obwohl diese zur Aufrechterhaltung der hiesigen Konjunktur mit herangezogen werden. Es hat sich auch herausgestellt, daß einige fremde Kollegen es mit der Einhaltung des Vertrages nicht so genau nehmen. Während zwei Kollegen im hiesigen Sanjahns stritte nach dem Tarif zu arbeiten versuchten, zogen es die Kollegen Nicolai (Vater und Sohn) aus Wies-

baden vor, sich für Arbeiten, die durch Verschulden des Unternehmers nicht ausgeführt werden konnten, den Betrag einbehalten zu lassen. Durch ein derartiges Verhalten wird unserer Geltungsleistung die Arbeit riesig erschwert, zumal Essen der Tummelplatz vieler moralisch gesunkener Elemente ist. Weiter ist nicht außer acht zu lassen, daß sich hier ein neuer Zwischenmeister mit Namen Gerschl etabliert hat. Dieser Geld ist uns hier nicht bekannt. Erst als er im hiesigen „General-Anzeiger“ tüchtige Leger suchte, die sich Stoppenerstraße 46 melden sollten, gingen einige unserer Kollegen hin und wurden auch halb gewahrt, was sie wissen wollten. Diese neue Gipsflange wuchert ebenfalls in Gelsenkirchen empor und hält lebhaft die Firma Stolze über Wasser. Im reihen sich unsere früheren Verbandskollegen Karl Quebnau und Christian Sauermaun würdig an. Unsere Gelsenkirchener Kollegen haben, nachdem sie hierüber erfragten, die Firma Stolze, obwohl sie den Vertrag anerkannte, wiederum gepernt. Wir eruchen nun alle Kollegen, uns in unserer mühsamen Arbeit dadurch zu unterstützen, daß sie darauf achten, daß, wenn einige ihrer Freunde abreifen wollen, sie dies nicht ohne vorherige Vereinbarung mit den jeweiligen Funktionären tun. Ferner eruchen wir die Kollegen, nicht um Haarsbreite vom Vertrage abzuweichen und vor allen Dingen nicht bei Zwischenmeistern zu arbeiten. Wir eruchen auch die organisierten Maurer, uns auf den Bauten zu unterstützen, indem sie sich genau nach der Verbandszugehörigkeit der Fliesenleger erkundigen, und ebenso danach, von welcher Firma die Arbeiten ausgeführt werden. Hoch die Solidariät!

Gelsenkirchen. Der neue Tarif ist jetzt von den meisten in Betracht kommenden Blattengeschäften formell anerkannt; nur die Firma Westhoff & Frie in Wanne hat sich hierzu noch nicht entschließen können. Mit dieser formellen Anerkennung scheinen aber die Schwierigkeiten für die Leger keineswegs behoben zu sein. Nach dem Gebaren verschiedener Firmen, wie Hünnebeck & Co., Rehmühl & Burdort und Stolze, muß man zu der Annahme gelangen, daß diese den Tarif nur untergeordnet haben, um aus der augenblicklichen Klemme, veranlaßt durch dringende Arbeiten, herauszukommen und dann die organisierten Leger in um so frivolerer Weise auszuflasteren zu können. In ganz besonderem Maße scheint es die Firma Stolze auf die organisierten Leger abgesehen zu haben; denn bei ihr ist die Entlassung organisierter Leger teilweise schon erfolgt und teilweise nahe bevorstehend. Der Grund für diese Entlassungen soll angeblich Mangel an Arbeit sein; obwohl sie gesehensmäßiger bemächtigt größere Arbeiten in Essen auszuführen hat. Jedoch beschäftigt man hierfür Leger in Essen anzunehmen; aber nicht etwa, um den dortigen Leger Arbeit zu verschaffen, sondern — man höre — um den hiesigen Leger die im neuen Tarife festgesetzten Zuschläge nicht zahlen zu müssen. Man erkennt also den Tarif unterschriftlich an, um ihn bei der ersten passenden Gelegenheit zu umgehen. Als weiteres Mittel, die organisierten Leger zu schikanieren und auszuschalten, dient den Unternehmern das Zwischenmeisterturn. Nun ist im neuen Vertrage ein Passus enthalten, der folgendermaßen lautet: „Die Vertragsparteien bezeichnen in dem Vertrage die Vergütung von Arbeiten an Zwischenmeister als unstatthaft; die Arbeitnehmer werden angelegentlich bemüht sein, für die Vereitelung des Zwischenmeisterturnsystems zu sorgen.“ Dieser Passus hätte besser gelautet: „Die Vertragsparteien sind verpflichtet, für die Vereitelung des Zwischenmeisterturnsystems zu sorgen.“ Immerhin besagt das Wort „unstatthaft“, daß es auch den Unternehmern mindestens nicht gestattet sein soll, das Zwischenmeisterturn irgendwie zu fördern oder zu begünstigen. Anders bedauert die erwähnte Firma Stolze, nämlich so: da es in dem erwähnten Passus des Tarifs nicht heißt „verboten“, kann das Zwischenmeisterturn nicht nur beibehalten, sondern mit allen Mitteln gefördert werden. Die genannte Firma hält es also für gut, besonders hervorzuheben, daß sie dieses System trotz Verbots weiter hegen und pflegen will. Sie war auch offen genug, die Gründe für ihr vertragswidriges Verhalten zu offenbaren. Nicht etwa, weil sie bei dieser Gipsflange, genannt Zwischenmeisterturn, im allgemeinen besser und billiger fährt, sondern weil sich dieses System ausgezeichnet gegen gewisse Wettbewerber der organisierten Leger auszuweisen läßt und sie bei Arbeitseinstellungen einen ausgezeichneten Stützpunkt daran hat, will sie das Zwischenmeisterturnsystem fördern. Mögen sich dies alle organisierten Arbeiter, insonderheit die Bauarbeiter und nicht zuletzt alle Fliesenleger merken und ihre Maßnahmen hierauf einrichten. Bei etwas mehr Einigkeit, Wachsamkeit und Energie wird es möglich sein, das so verwerfliche Zwischenmeisterturn auszuwurzeln und das Unternehmertum zur Durchführung der mit ihm abgeschlossenen Tarife zu zwingen. Als Zwischenmeister existieren hierorts Gerichel mit sechs Indifferenzen bei Stolze und Didiann; mit ebenfalls sechs Indifferenzen bei Rehmühl & Burdort. Nach Lage der Sache muß Zugang von Fliesenlegern nach Gelsenkirchen nach wie vor ferngehalten werden.

Zentralfrankencasse.

(„Grundstein zur Einheit“)

In der Woche vom 9. bis 15. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Samburg M. 800, Weßig 415, Rottbaum 400, Warthorst 500, Treßlich 400, Spanbau 550, Wittenberge 841, Osabrück 300, Wilmersdorf 300, Wöwenberg 300, Stuttgart 300, Frankfurt a. M. 300, Weiskene 300, Tschöke 300, Noßlau a. N. 300, Rabeberg 253,18, Wandlitz 250, Wüdeberg 250, Heilighausen 200, Jordan-Paradies 350, Gebeke 200, Felsenberg 200, Sandbach i. Obenwald 200, Strausberg 200, Rodejuch 200, Iesen (Bez. Halle) 200, Danzig 200, Welfen i. b. März 200, Duedelburg 200, Gemigsdorf 200, Hörde 200, Ringelheim 200, Schwartz 180, Eggersdorf 160, Timmerode 186,31, Hofen 150, Mittenwalde 150, Grünau 150, Niedereisen 150, Fengerich i. Weßig 150, Barthausen 150, Camter 148, Sumbelst 135,30, Reimel 131, Faulbach 130, Langenfelshol 200, Schweisweiler 200, Lichterode 100, Klaus a. d. S. 100, Stabenhagen 100, Eggesin 100, Fretsch 100, Dahlenburg 100,

Kallberge 100, Bürgel 100, Wreßelheim 77,07, Groß-Neuendorf 75, Schweigingen 57,50, Schütteleberg 24. Summa M. 12 813,29.
Zusatz erhielt: Zehdenitz M. 100.
Lissa, 15. Oktober 1910.
Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submisionen usw.

Boizenburg. Auf dem Erweiterungsbau der Eisenschmelzfabrik Giesch & Richter, der von dem Unternehmer Heger durchgeführt wird, waren am 12. Oktober zwei Mann damit beschäftigt, die Betonstahlung unter einer Eisenbetondecke, die gleichzeitig das Dach bildete, zu entfernen. Dabei stürzte plötzlich die Decke in sich zusammen, wobei drei Arbeiter, davon zwei schwer, verletzt wurden. Wen die Schuld trifft, ob der Einsturz durch die schlechte Verankerung hervorgerufen wurde oder ob die Einschulung zu früh entfernt worden ist, muß die Untersuchung ergeben.

Breslau. Am 12. Oktober stürzte der mit dem Anweihen der Lichtschachtel in dem Grundstücke Keitgenstraße 16/18 beschäftigte Maurer Fritz Strecker ab, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er schon auf der Fahrt nach dem Allerheiligen-Hospital starb. Seine Leiche wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Leipzig. In dem Grundstück Nicolaitstr. 5, das abgebrochen wird, ereignete sich am 11. Oktober ein schwerer Unfall. Der Arbeiter Julius Manthey stürzte aus der dritten Etage auf die Straße herab und blieb benutzlos liegen. Mit dem Rettungsautomobil wurde er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo sich herausstellte, daß er schwere innere Verletzungen und wahrscheinlich eine Rückenquetschung erlitten hat. Der Verletzte ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Er war auf dem Abbruchgrundstück mit anderen Arbeitern dabei beschäftigt, die Balkenlage der dritten Etage abzutragen; dabei kam ein Balken ins Ausweichen und stieß gegen Manthey, der das Gleichgewicht verlor und in die Tiefe stürzte.

Regen. Ein schwerer Baumfall ereignete sich am 5. Oktober auf dem Neubau des Bauunternehmers Herrmann in der Wörthstraße. Die Maurer Schubert und Stamm stellten das Gerüst zum Fassadenputzen auf. Die Stabdämme waren zu schwach, auch waren sie nicht tief genug eingegraben und nicht mit Brettern verstampft und ferner standen sie zu weit auseinander. Auf diese schwachen Stabdämme legte man sogenannte Proppflangen, die nur mit je zwei Stricken an den unteren Bäumen angebunden waren. Als nun die Maurer in der Höhe der dritten Etage die letzte Streichflange anbinden wollten, bog die Bäume über 2 m nach der Straße und das Gerüst ging mit Schubert in die Tiefe, wo er schwerverletzt liegen blieb, bis er von der Sanitätskolonne in das Krankenhaus gebracht wurde. Schubert ist Vater von fünf Kindern, von denen das älteste erst Jahre ist. Stamm konnte noch ein Fenster erreichen und blieb unverletzt. Gatte man eine Strebeflange angebinden, dann hätte das Unglück nicht passieren können. Über ein Gerüst wie dieses spottet jeder Beschreiwung. Zu bemerken ist noch, daß der Unternehmer, der vor zwei Jahren selbst noch Kelle und Hammer schwang, ein wütender Gegner der Organisation ist und acht Tage vor dem Unfall unter Anschlägen das Betreten der Baubude während des Frühstücks verbot, worauf alle Maurer bis auf einen aufhörten. Der Unfall wollte aber, daß, als das Unglück passierte, der Angestellte gerade wieder vorbeiging und so Zeuge war.

München. Am 10. Oktober stürzte der bei der Firma Weber & Köhner aus Nürnberg, die hier bei der Firma Karl Sör Arbeiten ausführt, beschäftigte Maurer Karl Springer aus Ermühle aus der Höhe der dritten Etage ab, wobei er einen Oberschenkelbruch erlitt und auch innere Verletzungen davontrug, so daß er sofort ins Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Neumünster. Am Neubau des Unternehmers Joh. Wagner stürzte infolge Zusammenbrechens des Gerüsts beim Kellerwölben der Maurer Schnoor in den Keller, wobei ihm eine Blüte mit Kalk auf die Weine fiel, so daß eine Zerreibung von Sehnenfasern entstand. Der Verletzte wurde per Taximeter in seine Wohnung gebracht. Das Bein wurde von dem ihn behandelnden Arzt in Gips gelegt. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn nicht als Unterlage Kiste von schwebeligen, und geschnittenen Dachlatten verwendet worden wären.

* Die Bautätigkeit in Frankfurt a. M. hat auch im letzten Quartal wieder eine Besserung erfahren; es wurden nämlich von der Bauarbeiterschutzkommission insgesamt 517 Bauten gegen 387 im zweiten und 301 im ersten Quartal dieses Jahres und 320 im vierten Quartal des vorigen Jahres festgestellt. Ueber das Stadium, in dem sich die Bauten befinden gibt folgende Tabelle Auskunft:

Es befanden sich Bauten	3. Quart. 1910	2. Quart. 1910	1. Quart. 1910	4. Quart. 1909
Im Auszub.	61	53	11	27
Im Fundament oder Keller- geschloß	54	39	16	12
Im Parierre	59	38	10	8
In der ersten Etage	94	21	9	10
In der zweiten Etage	26	14	24	9
In der dritten Etage	16	10	13	7
In der Dachetage	31	16	10	27
Im Rohbau fertig	127	18	34	73
Im Hauptverputz	90	50	78	47
Im inneren Auszub.	119	129	96	100
Zusammenfamt.	517	387	301	320

Von den in Ausführung befindlichen Bauten ruhen derzeit 10, und zwar 5 im Auszub., 2 im Fundament, 1 im Rohbau und 2 im inneren Auszub. Außer den oben an-

* In dieser Zahl sind auch die Bauten der Vororte mit eingerechnet.

gegebenes Auktionen wurden im dritten Quartal noch 44 An-
auf- und Umbauten und 75 hauseigene Veränderungen fest-
gestellt. Es ist zu erwarten, daß in diesem Jahre keine Ver-
minderung der Bautätigkeit mehr eintritt.

* **Wie der Bodenwert ermittelt wird.** Vom Werte
aber richtiger vom Preise des Grund und Bodens sind die
Wohnungsmieten ihrer Höhe nach einig und allein abhängig
oder umgekehrt: Die Höhe der Wohnungsmieten bestimmt
den Grund- und Bodenwert. Hieraus ist das System der
Bodenbewertung gegründet, das die Bodenreformer Boden-
bewertung nennen. Wie auf dem Lande die Fruchtart den
Bodenwert bestimmt, da es bekanntlich ein großer Unter-
schied ist, ob ein Ackerland Weizen, Klee, Raps oder Zuck-
rüben und ein anderes Roggen, Gerste und Kartoffeln trägt,
so bestimmt in der Stadt die örtliche Lage der Wohnräume
und deren Qualität auch die Höhe der Mieten. Der aus
den Mieten zu erzielende Ertrag ist maßgebend für den
Bodenwert in Städten, genau so, wie es der Erlös aus der
Frucht für den auf dem Lande ist. Die einfachste Formel
für den künftigen Bodenwert lautet: Der Wert des Grund
und Bodens eines Hauses ist die Summe, die man erhält,
wenn man von den zu 5 pZt. kapitalisierten Nettomieten den
Baumert kauft; der verbleibende Rest ist der Bodenwert.
Hierfür folgendes Beispiel: irgendein Berliner Wohnhaus,
gleichgültig welcher Lage, hat eine Fläche von 937 Quadrat-
meter gleich 66 Quadratruten, einen Baumert (Wert des
Gebäudes) von M. 217 000 und (nach Abzug von 15 pZt.
Inflon von der Bruttomiete) einen Nettomietenertrag
von M. 18 995. Aus diesen Zahlen ist mit Leichtigkeit
der Bodenwert dieses Grundstücks absolut genau
folgendermaßen zu ermitteln: Die zu 5 pZt. kapitalisierten
Nettomieten von M. 18 995, also zwanzigmal genommen, er-
geben einen Ertragwert des Hauses von M. 380 000. Hier-
von geht der Baumert mit M. 217 000 ab, so daß für Grund
und Boden ein Wert von M. 163 000 verbleibt. Dividiert
man nun diese M. 163 000 durch 937 Quadratmeter bzw.
66 Quadratruten, so erhält man einen Bodenwert von rund
M. 175 für das Quadratmeter und rund M. 2500 für die
Quadratrute. Ganz ebenso ist der Wert noch ungebauter
Parzellen zu ermitteln; man legt hier einfach ein gedachtes
Haus mit seinen vorausgesetzlichen Mieten zugrunde. — Der
Ertragswert eines Hauses wird aus dem summa-
rischen Mietenertrag eines Grundstücks davort berechnet, daß
von diesem die allgemeinen Inzosen mit durchschnittlich
15 pZt. getilgt werden und der so verbleibende Nettoertrag
zu 5 pZt. kapitalisiert, also zwanzigmal genommen wird. Das
letzte Ergebnis ist der Ertragswert. Bringt ein Haus an
Mieten M. 15 000 und werden hiervon 15 pZt. mit M. 2250
als Inzosen getilgt, so bleiben an Nettomieten M. 12 750.
Diese M. 12 750 mal 20 ergibt M. 255 000, welche Summe
der Ertragswert für das gedachte Haus ist.

(Aus dem letzten erschienenen Buche: Das Grundeigentum in
Sachsen des Verfassers und Grundbesitzers von
S. Schneider. Verlag von W. Neuner, Berlin SW. 61.
Preis M. 1,80.)

Gewerkschaftliches.

* **Der Kampf der Werftarbeiter** ist nicht so glatt
beendet worden, wie man nach den vorausgegangenen Ver-
handlungen annehmen konnte. In den meisten Werftorten
wurde die Aufnahme der Arbeit durch die Werftleitungen
verweigert. Die Einstellung der Streikenden ohne Arbeits-
nachweis war den Werftleitungen ohnehin sehr un-
angenehm; als sich die Scharen der Streikenden zur Auf-
nahme der Arbeit meldeten, verweigerte man jene Bestim-
mung zu umgehen, indem man zunächst nur eine beschränkte
Zahl der Streikenden einstellte und die übrigen auf den
Nachweis verwies. Außerdem machten die Werften Schwierig-
keiten mit der Auszahlung der vor dem Streik erarbeiteten
Arbeitsgehälter. Das führte dazu, daß die Streikenden die
Aufnahme der Arbeit überhaupt ablehnten. Infolgedessen
traten die Organisationsleiter nur einmal zu Verhandlungen
zusammen. Nach tagelangen Konferenzen wurde die Wieder-
aufnahme der Arbeit unter folgenden Bedingungen vereinbart:

Die Wiederaufnahme aller an dem Streik und der Aus-
sperung beteiligten Arbeiter erfolgt an einem noch fest-
zusetzenden Tage. Den auswärts befindlichen Arbeitern soll
es gestattet sein, sich innerhalb einer Woche von dem noch
festzusetzenden Tage an durch mündliche oder schriftliche Meldung
zur Wiederaufnahme vorzumerken zu lassen. Wer sich inner-
halb dieser Zeit nicht gemeldet hat, geht der direkten
Annahme durch seinen früheren Arbeitgeber verlustig
und hat sich an den Arbeitsnachweis zu wenden. Die
rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden auf ihren
früheren Arbeitsstellen, soweit es die Betriebsverhältnisse
gestatten, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises bis Ende
Oktober sämtlich wieder eingestellt, und zwar beabsichtigen
die Werften, das in drei bis vier Tagen von dem noch fest-
zusetzenden Tage an auszuführen. Die rechtzeitig angeme-
lenden Arbeiter werden die Werften ohne irgend welches
Präjudiz (einmalige Ausnahme für diesen Fall) in
die alten Afforde eintreten lassen und ihnen die in
Frage stehenden Affordüberschüsse nach Fertigstellung
der betreffenden Afforde auszahlen. Falls angefangene
Afforde in der Zwischenzeit durch andere Arbeitskräfte fertig-
gestellt sein sollten, soll den wieder angenommenen Arbeitern
der sich ergebende Ueberschuss nach Maßgabe derjenigen
Zeit ausbezahlt werden, während welcher sie an diesen
Afforden tätig gewesen sind. Das gleiche Recht sollen die
jenigen Arbeiter erhalten, welche bei Wiederaufnahme der
Betriebe in Aussicht auf die Betriebsverhältnisse in ihre
frühere Arbeitsstelle nicht wieder eingestellt werden können.
Solange eine Werft ihre freitenden oder ausgesparten
Arbeiter noch nicht in allen Kategorien sämtlich wieder
eingestellt hat, wird sie bei einer Kategorie, in der noch nicht
alle Arbeiter wieder eingestellt sind, nicht andere Arbeiter
durch den Arbeitsnachweis einstellen. Diese Zusage erlischt
mit dem 15. November 1910.

Bei Wiederaufnahme der Arbeiter wollen sich die Werften
mit einer dazu von den Arbeitern gewählten Kommission in
Verbindung setzen zwecks leichterer Durchführung der Wieder-
aufnahme der Arbeit durch die verschiedenen Arbeiter.

Formell dürften diese Bestimmungen den Arbeitern
genügen. Wenn sie im rechten Sinne durchgeföhrt werden,
dann hat die Wiederaufnahme der Arbeit nichts Demütigendes
für die Streikenden an sich, dann trägt auch sie den Stempel
eines siegreichen Kampfes. Die einzige Schwierigkeit scheint
in dem Verhalten der Hamburg-America-Linie zu bestehen,
die sich bisher geweigert hat, den Vereinbarungen beizutreten.
Mit deren Leistung soll besonders durch eine Kommission der
dort beschäftigten Arbeiter verhandelt werden.

Soziales.

Soziale Rechtsprechung.

* **Das moralische Recht zur Verweigerung von
Streifarbeit** gerichtlich anerkannt hat das Gewerbegericht
Altona in einer Klage zweier Maschinenbauer gegen die Firma
Mend & Hambro in Ottensen. Die Kläger waren ohne
Einhaltung der Kündigung entlassen worden, weil sie Streik-
arbeit verweigert hatten. Außerdem war ihnen der Lohn
einbehalten worden. Das Gericht verurteilte die Firma zur
Zahlung des einbehaltenen Lohnes, wies aber die Kläger
mit weitergehenden Ansprüchen wegen der kündigungswissen-
Entlassung ab, indem es begründend ausführte: „Wohi müsse
bei der ganzen Sachlage als richtig unterstellt werden, daß
die Zumutung, Streikarbeit zu verrichten, eine Verletzung
des persönlichen Ehrbegriffs laienbewußter
Arbeiter sei. Die Arbeiter hätten daher zwar das moralische
Recht zur Verweigerung der Streifarbeit, dieses moralische
Recht könne aber nicht zur Anwendung kommen, weil das
gesetzliche Recht anders sei. Aus diesem Grunde müsse die
Abweisung der weiteren Klage erfolgen.“

Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, sozialdemokratische Wochenchrift,
Heft 2 des 29. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in
Stuttgart. Preis 25 A.

Wahlrecht und Dreiklassenparlament. Herausgegeben
von der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie.
Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis M. 1,50.
— Die Wichtigkeit des Inhalts wird am besten der Abdruck
der Kapitelüberschriften darthun: 1. Die Entwicklung des Drei-
klassenwahlrechts. — 2. Die Wahlrechtsvorlage des Ministeriums
Sehmann vom 1. März. — 3. Die erste Lesung im Plenum des
Abgeordnetenhauses. — 4. Die Wahlrechtsvorlage in der Kom-
mission des Abgeordnetenhauses. — 5. Die zweite Lesung im
Plenum des Abgeordnetenhauses. — 6. Die dritte Lesung und
die nochmalige Abstimmung. — 7. Die Vorlage im Herrenhaus.
— 8. Die Verschärfung des Wahlgesetzes. — 9. Schlusswort.
Für jeden Politiker ist die Schrift unentbehrlich. Zu beziehen
durch alle Buchhandlungen.

Die Schmaroker des Menschen. Von Dr. H. Lipschütz.
Heft 25 der Arbeitergesundheitsbibliothek. Verlag: Buchhandlung
Vorwärts, Berlin SW 68. Unter den auf der Haut, im Darm-
kanal, im Fleisch und in den Organen des Menschen hantierenden
Parasiten gibt es recht harmlose auf der einen, recht schlanke,
ja das Leben gefährdende auf der andern Seite — unser so
ungemein verbreiteter und so ungemein überhöhter Wandwurm
ist ein Beispiel der einen, das Anthelmoma, der Erreger der
Wurmfurkrankheit der Bergarbeiter ein Beispiel der zweiten Gruppe.
Der Autor macht häufig diese Untercheidung nicht, er verallge-
meinert, für ihn ist Wurm — Wurm. Hier will das vor-
liegende Heft der Arbeitergesundheitsbibliothek helfen, indem es
den Mitbewohner des Menschen zu seinem Recht kommen läßt
und der Hand sehr charakteristischer Abbildungen (wir heben
darunter besonders die des Wandwurms, der Trichine, der
kräuselige hervor) das Wesentliche über jeden einzelnen
Schmaroker zur Kenntnis bringt. Das Heft wird diesen
durch alle Buchhandlungen.

In Freien Stunden. Wochenchrift für Arbeiterfamilien.
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.
Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 A. Die jetzt wieder
beginnenden langen Winterabende lassen in vielen Familien den
Wunsch nach guter Unterhaltungsliteratur rege werden. Da
mühten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die
„Freien Stunden“ von unserm Parteiverlag geschaffen wurden,
um das Unterhaltungsbedürfnis in den Arbeiterfamilien zu be-
friedigen. Gute Romane, Novellen, Skizzen, Humoresken sowie
kurze Abhandlungen populär-wissenschaftlicher oder hauswirt-
schaftlicher Natur sorgen dafür, daß jedes Familienmitglied
etwas Interessantes in den Heften finden wird. Neuzug-
stretende Abonnenten können die bereits erschienenen Hefte dieses
Halbjahrganges nachbalden und haben somit Gelegenheit, den
gegenwärtig erscheinenden spannenden Hauptroman „Der rote
Fajon“ von Hall Gaine vollständig zu lesen. Wir empfehlen
unsern Lesern, sich durch ein Probeabonnement von der Reich-
haltigkeit der „Freien Stunden“ zu überzeugen. Gleichzeitig
bitte uns der Verlag vieler Anfragen, nochmals darauf
hinzuweisen, daß das angeforderte Kunstblatt im Dezember
zur Ausgabe gelangt und allen Lesern des letzten Halbjahrs-
bandes unentgeltlich geliefert wird. — Bestellungen auf
„In Freien Stunden“ nehmen alle Buchhandlungen, Kolpor-
teure und Postanstalten entgegen.

Briefkasten.

* **Infolge Raummangels** mußten mehrere Einwendungen
und Artikel sowie der Bericht von der Konferenz des Gau-
es Hamburg zurückgestellt werden.

Anfrage. Wer weiß, wo der Maurergeselle Heinrich
Wähling, geb. 8. April 1846 zu Grodenberg bei Wams-
stedt i. H., gestorben ist, wird gebeten, dies dem Genossen
O. Fiß, Wamsstedt i. H., mitzuteilen. Wähling soll dortwiegend
im Lauenburgischen und Hannoverischen gearbeitet haben und
1902 oder 1903 gestorben sein. Unterlagen werden erbet.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Bochum. (Zahlfelle Gröhe) Am 12. Oktober
starb der Kollege **Gustav Flammkamp** im Alter
von 18 Jahren an den Folgen eines Baumfalles.
Dresden. Am 7. Oktober starb unser Mitglied
Gustav Emil Lauke aus Jungwitz im
Alter von 33 Jahren infolge einer Operation.
Düsseldorf. Am 12. Oktober starb unser Kollege
Heinr. Krüssmann im Alter von 35 Jahren
an der Proletarierkrankheit.
Seide. Am 13. Oktober starb nach kurzer, schwerer
Krankheit unser treuer Kollege **Hermann Nissen**
an Bluterkrankheit.
Saunert. Am 12. Oktober starb unser Kollege
Robert Welack im Alter von 52 Jahren an
Alzheimer.
Seibham. Am 8. Oktober starb unser treuer Kollege
Ludwig Wagner im Alter von 48 Jahren an
der Proletarierkrankheit.
Zückerb. Am 13. Oktober starb unser treues Mitglied
Hermann Henkel im Alter von 61 Jahren
an Herzkrankheit.
Zungenfalk. Am 10. Oktober starb unser treuer
Kollege **Karl Benbler** im Alter von 37 Jahren
infolge eines Gehirnschlages.
Zetzky. Am 5. Oktober starb unser Kollege **Karl
Schroter** im Alter von 61 Jahren an Rheumatismus.
Wagbeurg. (Zahlfelle Diebold) Am
13. Oktober starb unser langjähriges treues Mitglied,
der Kollege **Wilhelm Wittmaack** im Alter
von 56 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Nowawes. Am 6. Oktober starb unser treuer Kollege
August Albrecht aus Drevitz im Alter
von 51 Jahren an Infarkta.

Ehre ihrem Andenken!

Zweigverein Düsseldorf.

Der Zweigverein Düsseldorf sucht zum 1. Januar 1911
einen ständigen

Kolalbeamten.

Werber, die mit allen in Frage kommenden Arbeiten
durchaus vertraut sein müssen, werden ersucht, ihre Offerten
unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit bis zum 1. November
mit der Aufschrift „Kofalbeamter“ an den Kollegen
Gerh. Klemens, Düsseldorf, Langenbergstr. 59, 2. Et.,
einzuliefern. [M. 4,20]

Der Vorstand des Zweigvereins Düsseldorf.

Ernst Grumann, wo steht Du? Im Angabe Deiner
Adresse ersucht Dich Dein Freund
und Kollege **Josef Jurek, Lützendorferweg, Pröding-
straße 13.** [M. 1,20]

Wilhelm Wahnschaffe, geb. 6. August 1892,
wird hiermit aufge-
fordert, seine Adresse an den Kassierer des Zweigvereins
Selmsch, Ludwig Pieper, einzuliefern. Kollegen, denen der
Aufenthalt Wahnschaffes bekannt ist, werden gebeten, dies dem
Genannten mitzuteilen. [M. 1,60]

Adressenveränderungen.

Münster. Unsere Herberge befindet sich von jetzt an: Ludgerus-
Spitz-Wilt.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsveranstaltungen der Maurer.

- Sonntag, den 23. Oktober.**
Delitzsch. Nachm. 3 Uhr: Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter
im „Bienenhof“.
- Nebr.** Nachm. 3 Uhr im „Golfhof zur Burg“. Referent anwesend. Mitglieds-
bänder sind mitzubringen.
- Pasewalk.** L.-D.: Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz.
- Templin.** Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Stowinski, „Zur Hoffnung“. Ver-
schiedenes. Abrechnung vom dritten Quartal. Verschiedenes.
- Donnerstag, den 27. Oktober.**
Grünberg i. Schl. Nachm. 6 1/2 Uhr im Adams Lokal. Vorstandswahl.
- Sonntag, den 30. Oktober.**
Lehnh. Nachm. 3 Uhr bei Zerge. L.-D.: Vortrag des Kollegen Schmann-
Berlin. Wahl der Verwaltung und der Delegierten zum Gau-
tag.
- Pinneberg.** Nachm. 4 Uhr bei Ledowski.
- Sorau.** Nachm. 3 Uhr in der „Hof“. L.-D.: Gemeinsame Vorstandswahl.
- Wittlingen.** Nachm. 4 Uhr Generalversammlung im „Deutschen Haus“
(Hr. Gorf). L.-D.: Abrechnung vom dritten Quartal. De-
legiertenwahl zur Gaukonferenz. Wahl eines Kolporteurs. Ver-
schiedenes (Anschaffung eines Schranke usw.).
- Würzburg.** Nachm. 10 Uhr im „Hof“. L.-D.: Wahl der Delegierten zum
Gau-Tag. Quartalsabrechnung.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 23. Oktober.
Zabikowo. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Müller.- Sonntag, den 30. Oktober.**
Neuruppin. Nachm. 3 Uhr bei Schäfer, Kautz. 27. L.-D.: Kasienbericht
vom dritten Quartal. Verschiedenes.
- Nowawes.** Nachm. 4 1/2 Uhr bei Singer. L.-D.: Abrechnung vom dritten
Quartal. Kasienangelegenheiten.
- München.** Nachm. 10 Uhr im Restaurant „Herrns Haus“, Baumstraße 37.
L.-D.: Kasienbericht vom dritten Quartal. Derrliche Angelegen-
heiten. Abrechnung vom Stiftungsfest.

Freitag, den 11. November.
Berlin. Abends 8 Uhr im „Saal“ des Generalfrankenkassens. L.-D.: Ab-
rechnung und Bericht vom dritten Quartal. Diskussion. Kasien-
angelegenheiten.